

Ing. Brigitte Matkovits

**Analyse der Steuerbestimmungen bei Land- und Forstwirten**

eingereicht als

**DIPLOMARBEIT**

an der

**HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)**

---

**UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES**

**WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN**

Mittweida, 2010

Erstprüfer : Prof. Dr. Volker Tolkmitt

Zweitprüfer: Mag. Helmut Schlemmer

Vorgelegte Arbeit wurde verteidigt am:

## **Bibliographische Beschreibung:**

Matkovits, Brigitte

Analyse der Steuerbestimmungen für Land- und Forstwirte – 2010 – 61 Seiten.

Hornstein – Austria, Hochschule Mittweida, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften,  
Diplomarbeit 2010

## **Kurzbeschreibung:**

Diese Diplomarbeit beschäftigt sich mit den besonderen Besteuerungsbestimmungen für Land- und Forstwirte in Österreich. Zuerst wird ein Überblick über die derzeitige Situation der Land- und Forstwirtschaft gegeben, um in das Thema einzuführen. Anschließend werden die allgemeinen Gewinnermittlungsarten festgestellt um die Materie Gewinnermittlung in der Land- und Forstwirtschaft schematisch zu erfassen. Der Einheitswert ist eine der wichtigsten Grundlagen in der Bauernschaft, daher folgt ein kurzer Überblick über die Wichtigkeit, Funktion und Entstehung des Einheitswertes. Um aber die richtige Gewinnermittlung anzuwenden, muss bekannt sein, welche Bereiche zur Land- und Forstwirtschaft gehören. Daher erfolgt eine Zusammenfassung über die im Laufe der Zeit entstandenen Einkommensformen. Anschließend werden die möglichen Gewinnermittlungsarten und deren Berechnungsmethoden erklärt. Ebenso wird mit dieser Diplomarbeit auf das Thema Umsatzsteuer für Land- und Forstwirte eingegangen, denn auch hier gibt es Sonderbestimmungen.

## Inhaltsverzeichnis

Bibliographische Beschreibung	I
Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	IV
Vorwort.....	1
1.1. Gedanken zur vorliegenden Arbeit.....	1
1.2. Ziel der Arbeit.....	2
2. Facts and Figures zur österreichischen Landwirtschaft.....	3
3. Einkommensteuer.....	4
3.1. Arten der Gewinnermittlung.....	4
3.1.1. Gewinnermittlung nach Betriebsvermögensvergleich.....	4
3.1.2. Gewinnermittlung bei Einnahmen-Ausgaben-Rechnung.....	5
3.1.2.1. Gewinnermittlung bei Basispauschalierung.....	5
3.1.2.2. Gewinnermittlung bei Branchenpauschalierung.....	6
3.1.2.2.1. Gewinnermittlung bei Vollpauschalierung.....	6
3.1.3. Gewinnermittlung bei Teilpauschalierung.....	7
3.1.4. Gewinnermittlung für sonstige Unternehmer.....	7
4. Der Einheitswert.....	8
4.1. Die Bewertung des Vermögens.....	8
4.1.1. Bewertung des Weinbauvermögens.....	11
4.1.2. Bewertung des gärtnerischen Vermögens.....	12
4.1.3. Bewertung bei gewerblicher Nutztierhaltung.....	12
4.1.4. Bewertung bei forstwirtschaftlichem Vermögen.....	14
4.1.5. Bewertung bei Sonderkulturen.....	14
4.2. Zuschläge zum Einheitswert.....	15
5. Einkünfte aus Landwirtschaft.....	16
5.1. Einkünfte aus Landwirtschaft im engeren Sinn.....	17
5.2. Einkünfte aus Forstwirtschaft.....	18
5.3. Einkünfte aus Weinbau.....	18
5.4. Einkünfte aus Gartenbau.....	19
5.5. Einkünfte aus Tierzucht.....	19

5.6. Einkünfte aus Fischzucht und Bienenwirtschaft.....	20
5.7. Einkünfte aus Jagd.....	21
5.8. Land-und forstwirtschaftliche Nebenb.-Nebentätigkeiten.....	22
5.8.1. Tätigkeiten im Rahmen der Qualitätssicherung, usw.....	23
5.8.2. Kommunaldienste und Fuhrwerksleistungen.....	23
5.8.3. Be- und Verarbeitung eigener Naturprodukte.....	24
5.8.4. Persönliche Dienstleistungen usw.....	24
5.8.5. Privatzimmervermietung.....	25
6. Besteuerung von Einkünften aus Land-und Forstwirtschaft.....	25
6.1. Zulässige Gewinnermittlungsarten.....	25
6.2. Gewinnermittlung durch doppelte Buchführung.....	26
6.3. Gewinnermittlung durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung.....	27
6.4. Gewinnermittlung durch Vollpauschalierung.....	28
6.4.1. Berechnung des Grundbetrages für die Landwirtschaft.....	29
6.4.2. Berechnung des Gewinnes aus Forstwirtschaft.....	30
6.4.3. Berechnung des Gewinnes bei Alpen.....	31
6.4.4. Berechnung des Gewinnes bei Weinbau.....	31
6.4.5. Berechnung des Gewinnes bei Weinbau über 60 ar.....	31
6.4.6. Berechnung des Gewinnes aus Gartenbau.....	32
6.4.6.1. Vollpauschalierung für Wiederverkaufsbetriebe.....	32
6.4.6.2. Ausgabenpauschalierung für Endverkaufsbetriebe.....	33
6.4.7. Gewinnermittlung bei Nebentätigkeiten.....	33
6.4.8. Gewinnermittlung bei Nebenbetrieben.....	33
6.4.9. Sonstige gesondert anzuführende Einkünfte.....	35
6.5. Gewinnermittlung durch Teilpauschalierung.....	37
6.5.1. Sozialversicherungsoption.....	38
6.5.2. Gewinnermittlung für Forstwirtschaft.....	39
6.5.3. Gewinnermittlung für Weinbau.....	39
6.5.4. Gewinnermittlung für Gartenbau.....	39
6.6. Kommentar zur Voll- und Teilpauschalierung.....	39
6.7. Welche Gewinnermittlung ist am günstigsten.....	40
7. Umsatzsteuer.....	42
7.1. Besteuerung der Umsätze bei land-und forstwirtschaftlichen Betriebe....	42
7.2. Steuersätze in der Umsatzsteuer.....	44
7.3. Rechnungslegung in bäuerlichen Betrieben.....	46

7.4. Durchbrechung der Durchschnittsbesteuerung.....	47
7.4.1. Die Besteuerung von Grundstücken.....	47
7.4.2. Vermietung und Verpachtung von Grundstücken.....	47
7.5. Kleinunternehmerregelung.....	49
7.6. Option zur Regelbesteuerung.....	49
7.6.1. Rückkehr zur Umsatzsteuerpauschalierung.....	50
8. Innergemeinschaftliche Lieferung bei Umsatzsteuerpauschalierung.....	51
8.1. Abholfälle.....	52
8.2. Versandhandel.....	52
9. Innergemeinschaftlicher Erwerb bei Umsatzsteuerpauschalierung.....	53
9.1. Ausnahmen von der Erwerbssteuer.....	54
9.2. Versandhandel.....	55
10. Export und Import von Wein.....	55
10.1. Import von Wein aus dem Gemeinschaftsgebiet.....	55
10.2. Import von Wein aus dem Drittland.....	56
10.3. Export von Wein.....	57
10.4. Ausfuhr ins Drittland.....	59
11. Sonstige Steuern in der Landwirtschaft.....	60
11.1. Alkoholsteuer.....	60
11.2. Schaumweinsteuer.....	60
12. Schlusswort.....	62
Literaturverzeichnis	VII
Anhang Bundesgesetzblatt	X

## Abkürzungsverzeichnis

Art	Artikel
AStG	Alkoholsteuergesetz
Ar/ar	Flächenmaß
BAO	Bundesabgabenordnung
BewG	Bewertungsgesetz
BGBI	Bundesgesetzblatt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BSVG	Bauernsozialversicherungsgesetz
bzw	beziehungsweise
BZ	Betriebszahl
EStG	Einkommensteuer
etc	et cetera
EW	Einheitswert
Ha/ha	Hektar
Mio	Millionen
ÖKL	Österreichisches Kuratorium für Landtechnik
PauschVo	Pauschalierungsverordnung
Rz	Randziffer
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei
SVB	Sozialversicherungsanstalt der Bauern
SchwStG	Schaumweinsteuergesetz
UID	Umsatzsteueridentifikationsnummer
USt	Umsatzsteuer
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw	und so weiter

**Abbildungsverzeichnis**

## Abbildungen

Abbildung 1:	Gewinnermittlungsarten.....	4
Abbildung 2:	Berechnung des Hektarsatzes.....	11
Abbildung 3:	Umrechnungsschlüssel Vieheinheiten.....	13
Abbildung 4:	Durchschnittssätze für Gärtnereien.....	32
Abbildung 5:	Urproduktkatalog.....	34
Abbildung 6:	Berechnungsblatt Vollpauschalierung.....	36
Abbildung 7:	Berechnungsblatt Teilpauschalierung.....	40

## **1. Vorwort**

### **1.1. Gedanken zur vorliegenden Arbeit**

Diese Diplomarbeit beschäftigt sich mit den begünstigten Steuerbestimmungen der österreichischen Land- und Forstwirte, insbesondere mit der Einkommen- und Umsatzsteuer.

Die Land- und Forstwirtschaft erbringt für die Gesellschaft unverzichtbare Leistungen. Obwohl die Bauern nur mehr eine Minderheit in der Gesellschaft sind, tragen sie als Bewahrer und Pfleger der Natur eine hohe Verantwortung. Sie sichern die Versorgung mit qualitativ hochwertigen, frischen Nahrungsmitteln und sie erhalten die Kultur- und Erholungslandschaft. Aber unsere Bauern stellen auch erneuerbare Energie und Rohstoffe zur Verfügung, investieren und sichern Arbeitsplätze im Gewerbe, in der Industrie und in Dienstleistungsbetrieben. Österreichs Landwirtschaft ist seit Jahrhunderten nicht nur Rückgrat eines lebenswerten ländlichen Raumes, sondern auch einer der wesentlichen Grundpfeiler der historischen und kulturellen Traditionen des Landes und daher mit ihren umfassenden Leistungen ein unverzichtbarer Teil der Gesamtwirtschaft unseres Landes.

Die Land- und Forstwirtschaft hat in den letzten Jahren sehr große Veränderungen erfahren. Der EU-Beitritt hat den gesamten Agrarsektor auf völlig neue Beine gestellt. Weitgehende Änderungen des Agrarsystems stellen den Bauernstand vor neue Herausforderungen, bringen jedoch auch neue Chancen. Aber ohne Förderung der öffentlichen Hand wäre es wohl kaum mehr möglich einen Landwirtschafts- oder Forstbetrieb wirtschaftlich zu betreiben. Auch andere erschwerende Bedingungen, wie die Osterweiterung, das rapide Sinken der Produktionserlöse und die anhaltende Abwanderung der Arbeitskräfte sind nicht zu übersehen. Täglich schließen zahlreiche Höfe für immer ihre Tore, denn einen Hofnachfolger zu finden wird immer mehr zum Problem. Die Launen der Natur bringen weitere Probleme. Extreme Wetterkapriolen wie Dürre oder Überschwemmungen lassen das Einkommen sinken und verschlechtern die Lebenssituation der Bauern. Die Land- und Forstwirtschaft ist wie kein anderer Wirtschaftszweig von der Natur abhängig, denn der Bauer hat nur Grund und Boden als Lieferant für seine Produkte. Dies scheint mir ein guter



Grund zur Rechtfertigung von besonderen Besteuerungsbestimmungen für die Land- und Forstwirtschaft. Weil wir alle von unseren ländlichen Betrieben abhängig sind, ist es wichtig diesen Sektor zu stärken und Anreize zur Aufrechterhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit zu geben.

## **1.2. Ziel der Arbeit**

Mit dieser Diplomarbeit möchte ich die Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft analysieren. Die „Pauschalierungen“ (Gewinn- und Umsatzsteuerpauschalierung) haben in der Land- und Forstwirtschaft jahrzehntelange Tradition und für jeden Betrieb eine große Bedeutung. Betriebe welche die Buchführungsgrenze von 150.000 € Einheitswert und/oder 400.000 € Umsatz nicht übersteigen, dürfen den Gewinn aufgrund der Pauschalierung ermitteln. Für diese Betriebe besteht die Möglichkeit ihren Gewinn nach der Voll- oder Teilpauschalierung festzustellen. Diese Pauschalierungsverordnung gilt für die Jahre 2006 bis 2010. Da dieses Thema sehr umfangreich ist, möchte ich zuerst einen Überblick über die österreichische Landwirtschaft geben. Anschließend werde ich Grundsätzliches über Buchführungsgrenzen und Aufzeichnungspflichten erwähnen. Da sich die traditionellen Tätigkeitsbereiche der Land- und Forstwirtschaft in den letzten Jahren sehr ausgedehnt haben, ist es notwendig zu definieren, was eigentlich zum land- und forstwirtschaftlichen Einkommen zählt und wo bereits eine Abgrenzung zum Gewerbe notwendig wird. Der nächste Schritt in meiner Diplomarbeit wird daher die Erklärung der einzelnen Einkunftsarten sein. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt jedoch bei der Erläuterung der Gewinnpauschalierung, diese soll genau ausgearbeitet werden. Der zweite Schwerpunkt liegt im Bereich der Umsatzsteuer. Auch hier gibt es zahlreiche Unterschiede wie etwa die Option auf Regelbesteuerung und zahlreiche Extrabestimmungen im Bereich Import-Export von landwirtschaftlichen Produkten.

## **2. Facts and Figures zur österreichischen Landwirtschaft**

Grundlage dieses Kapitels bildet der Grüne Bericht 2009. Der Grüne Bericht entsteht durch freiwillige Aufzeichnungen von rund 2.000 Land- und Forstwirten, welche diese Daten für die Einkommensanalyse bereitstellen. Dieses umfassende Werk erscheint jährlich, heuer bereits zum 50. Mal und dient als wichtige Informationsquelle für die EU-Kommission und internationale Organisationen sowie als Basis für Planungsaufgaben bei agrar-, forst- und wasserwirtschaftlichen Entscheidungen. Grundlage für den Grünen Bericht ist das <sup>1</sup>Landwirtschaftsgesetz § 9 BGBl. Nr. 375/1992.

Österreichs Landwirtschaft ist von klein- und mittelbäuerlichen Strukturen geprägt. Der Großteil der Betriebe, nämlich 59,90 Prozent, bewirtschaften weniger als 20 ha Gesamtfläche. Insgesamt wurden in Österreich 187.034 land- und forstwirtschaftliche Betriebe gezählt. Die Anzahl der Biobetriebe steigt ständig und beträgt derzeit 19.961, so wirtschaftet jeder 8 Bauer nach biologischen Richtlinien. Österreich hat 68.355 Bergbauernbetriebe. Die bewirtschaftete landwirtschaftliche Gesamtfläche macht 3,19 Mio. ha aus, davon entfallen 1,39 Mio. ha auf Ackerland, 1,73 Mio. ha auf Dauergrünland, 59.842 ha auf Weingärten sowie 14.507 ha auf Obstanlagen und der Rest auf Sonstiges wie Hausgärten, Reb- und Baumschulen und Forstbaumschulen. Die forstwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt 3,34 Mio. ha. Niederösterreich ist das Bundesland mit den meisten landwirtschaftlichen Betrieben, gefolgt von der Steiermark und Oberösterreich.

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Betrieb betragen 26.483 € je nicht entlohnte Arbeitskraft. Mit Abstand das beste Ergebnis verzeichneten Futterbaubetriebe, direkt gefolgt von Dauerkulturbetrieben. Bei Bergbauernhöfen wurde ein Einkommen von 25.063 € je Betrieb und nicht entlohnter Arbeitskraft verzeichnet. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft insgesamt betrug rund 1,7 Prozent. Durch die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche (Betriebsmittel, Verarbeitungssektor) ist die Landwirtschaft eng in die intersektorale Arbeitsteilung eingebunden. In diesem Bereich sind rund 26.000 Personen beschäftigt.

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Der Grüne Bericht 2009, Wien 2009.

Zuzüglich der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft umfasst der Agrar- und Ernährungskomplex rund 462.500 Beschäftigte.

### 3. Einkommensteuer

#### 3.1. Arten der Gewinnermittlung

Das EStG unterscheidet folgende Arten der Gewinnermittlung:

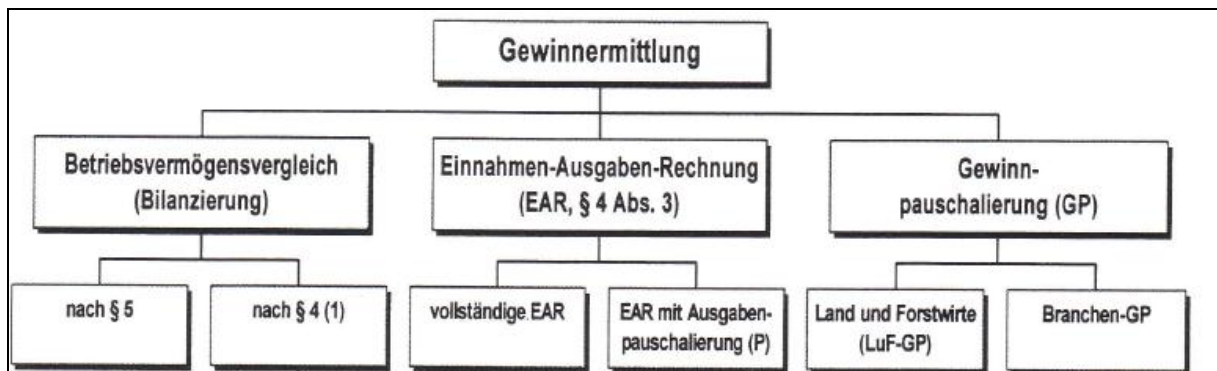


Abbildung 1: Arten der Gewinnermittlung <sup>2</sup>

##### 3.1.1. Gewinnermittlung nach Betriebsvermögensvergleich § 5 EStG , § 4 EStG Abs.1

Die Gewinnermittlung nimmt eine zentrale Stellung im EStG ein <sup>3</sup>Unter dem Begriff Betriebsvermögensvergleich oder Bilanzierung versteht man die Gewinnermittlung nach § 5 EStG für protokollierte Gewerbebetriebe und nach § 4 Abs. 1 EStG für alle übrigen Bilanzierer. Somit lässt sich der Begriff des Gewinnes wie folgt definieren: Der Gewinn ist der durch doppelte Buchführung zu ermittelnde Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres. Der Gewinn wird durch Entnahmen nicht gekürzt und durch Einlagen nicht erhöht. Das Betriebsvermögen ist der Saldo zwischen Aktiven und Passiven der Bilanz, das sogenannte „Reinvermögen“. Dieses Reinvermögen deckt sich mit dem Eigenkapital. Bei der doppelten Buchführung wird der Gewinn nicht nur durch

<sup>2</sup> Herzog, Oliver: Einkommensteuer für Kanzleimitarbeiter, BMF, Stand 9/2005, S. 41.

<sup>3</sup> Kodex, Steuergesetze 2010, 47. Auflage Stand 01.02.2010 , EStG, S 38.

Bestandsverrechnung, sondern auch durch Erfolgsverrechnung (Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen) ermittelt.

#### **<sup>4</sup>3.1.2. Gewinnermittlung bei Einnahmen-Ausgaben-Rechnern § 4 EStG Abs. 3**

Bei der Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG ist der Gewinn der Überschuss der zugeflossenen Betriebseinnahmen über die abgeflossenen Betriebsausgaben.

#### **<sup>5</sup>3.1.2.1. Gewinnermittlung bei Basispauschalierung § 17 EStG Abs. 1 bis 3**

Für nicht buchführende Steuerpflichtige, somit im Rahmen der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, besteht die Möglichkeit, bestimmte Betriebsausgaben pauschal zu ermitteln. Gewerbetreibende und selbständig Erwerbstätige (nicht jedoch Land- und Forstwirte) können im Rahmen der Gewinnermittlung die Betriebsausgaben mit dem Durchschnittssatz vom Umsatz ansetzen, wenn die Umsätze des vorangegangenen Wirtschaftsjahres nicht mehr als 220.000 € betragen haben. In vielen Fällen ist diese Betriebsausgabenpauschale günstiger als der Einzelnachweis der Betriebsausgaben. Der Durchschnittssatz beträgt grundsätzlich 12 Prozent (höchstens jedoch 26.400 € vom Umsatz), er reduziert sich auf 6 Prozent (höchstens 13.200 € ) bei folgenden Einkünften bzw. Tätigkeiten : • kaufmännische oder technische Beratung (gleichgültig ob freiberuflich oder gewerblich) • Gesellschafter-Geschäftsführer, die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit beziehen oder vermögensverwaltende Tätigkeiten ausüben und • schriftstellerische, vortragende, wissenschaftliche, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeiten. Neben dem Pauschale dürfen nur Ausgaben für den Eingang an Waren, Rohstoffen, Halberzeugnissen, Hilfsstoffen und Zutaten, die zur Weiterveräußerung vorgesehen sind, sowie Ausgaben für Löhne, Lohnnebenkosten und Fremdlöhne abgesetzt werden. Aber auch Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung dürfen zusätzlich als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Nicht gesondert geltend gemacht werden dürfen insbesondere die Absetzung für Abnutzung, Versicherungsbeiträge, Mieten und Zinsen.

---

<sup>4</sup> Kodex, Steuergesetze 2010, 47. Auflage Stand 01.02.2010 , EStG, S 64.

<sup>5</sup> SWK; Die Steuererklärungen für 2009; 85 Jahrgang, 5 Feb. 2010 Nr. 4/5, S 138.

### **<sup>6</sup>3.1.2.2. Gewinnermittlung bei Branchenpauschalierung § 17 EStG Abs. 4 bis 5**

Weitere Pauschalierungen unterschiedlichster Art gibt es für Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe, für Lebensmitteleinzel- und Gemischtwarenhändler, für Drogisten, Handelsvertreter, Sportler, Künstler bzw. Schriftsteller sowie Land- und Forstwirte. Auch hier darf keine Buchführungspflicht (weder Pflicht noch freiwillig) vorliegen (ausgenommen Handelsvertreter). Gemeinsamkeiten bei diesen Branchen finden sich nur darin, dass keine Pflicht zur Buchführung besteht und auch freiwillig keine Bücher geführt werden (außer bei Handelsvertretern). Die Gewinnermittlung ist unterschiedlich, so darf zum Beispiel ein Lebensmittel- oder Gemischtwarenhändler nicht mehr als 600.000 € (zwei aufeinanderfolgende Vorjahre) Umsatz erzielen, wenn die Pauschalierung in Anspruch genommen wird. Die Gewinnermittlung erfolgt indem zu einem Sockelbetrag von 3.630 € in Folge 2 Prozent der Einnahmen dazugerechnet werden. Bei selbständigen Handelsvertretern gibt es keine Umsatzgrenzen. Für diese Berufsgruppe besteht die Möglichkeit ein Betriebsausgabenpauschale von 12 Prozent des Umsatzes, maximal jedoch 5.825 € abzusetzen. Diese Pauschale umfasst folgende Betriebsausgaben: Mehraufwendungen für die Verpflegung, Ausgaben für Lagerräume oder Kanzleiräume, Bewirtungsspesen sowie üblicherweise nicht belegbare Betriebsausgaben wie Trinkgelder. Die übrigen Ausgaben sind in tatsächlicher Höhe absetzbar.

#### **<sup>7</sup>3.1.2.2.1. Gewinnermittlung bei Branchenpauschalierung für Land- und Forstwirte durch Vollpauschalierung**

Für Land- und Forstwirte gilt die vereinfachte Form der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen. Diese werden aufgrund von Erfahrungswerten festgelegt. Grundlage für die Ermittlung des Gewinnes bildet der Einheitswert. Bedeutung und Feststellung werden in einem nachfolgenden Punkt behandelt. So darf der Einheitswert höchstens 65.500 € betragen und keine Beitragsgrundlagenoption gemäß § 23 Abs. 1a BSVG (Antrag, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht vom Einheitswert, sondern vom steuerlichen Gewinn

---

<sup>6</sup> Herzog, Oliver: Einkommensteuer für Kanzleimitarbeiter, BMF, Stand 9/2005, S. 138.

<sup>7</sup> Herzog, Oliver: Einkommensteuer für Kanzleimitarbeiter, BMF, Stand 9/2005, S. 139.

abgeleitet werden) bei der Sozialversicherung erfolgt sei. Bei der Vollpauschalierung wird ein bestimmter Prozentsatz auf den Einheitswert der selbstbewirtschafteten Fläche angewendet. Ab dem Jahr 2006 beträgt dieser einheitlich 39 Prozent. Bestimmte Ausgaben wie eigene Sozialversicherungsbeiträge, betrieblich veranlasste Schuldzinsen, bezahlte Pachtzinsen und Ausgedingelasten werden gesondert als Betriebsausgaben angesetzt.

### **3.1.3. Gewinnermittlung bei Gewinnpauschalierung für Land- und Forstwirte durch Teilpauschalierung**

Die für die Buchführungsgrenzen maßgebende Einheitswertgrenze bei Land- und Forstwirten beträgt 150.000 €. Die Gewinnpauschalierung darf aber nur bis zu der Einheitswertgrenze von 65.000 € in Anspruch genommen werden. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit einem Einheitswert zwischen diesen Grenzbeträgen haben ihre Einnahmen aufzuzeichnen und können 70 Prozent der Einnahmen aus Landwirtschaft als pauschale Betriebsausgaben absetzen. Dies gilt auch für Land- und Forstwirte, die eine Beitragsgrundlagenoption gemäß § 23 BSVG vorgenommen haben.

### **<sup>8</sup>3.1.4. Gewinnermittlung bei Gewinnpauschalierung für sonstige Unternehmer**

Gastwirte und Beherbergungsunternehmer können den Gewinn nach einer vereinfachten Methode ermitteln. Auch hier darf weder Buchführungspflicht bestehen, noch dürfen freiwillig Bücher geführt werden. Basis für diese Pauschalierung ist somit die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung. Die Umsätze des vorangegangenen Wirtschaftsjahres dürfen nicht mehr als 225.000 € betragen. Der Gewinn ist mit einem Fixbetrag von 2.180 € zuzüglich 5,5 Prozent der regelmäßig im Betrieb anfallenden Betriebseinnahmen anzusetzen, beträgt jedoch mindestens 10.900 €. Jedoch ist zu beachten, dass bei dem so ermittelten Gewinn keine Betriebsausgaben angesetzt werden dürfen.

---

<sup>8</sup>[http://www.wko.at/wk/dok\\_detail\\_file.wk](http://www.wko.at/wk/dok_detail_file.wk), 31.Mai 2010 ,10.49 Uhr

#### 4. Der Einheitswert

<sup>9</sup>Der Einheitswert ist seit Jahrzehnten von außergewöhnlicher Bedeutung als Grundlage für die Festsetzung der wichtigsten Abgaben in der Land- und Forstwirtschaft.

Die wichtigsten Abgaben sind in Folge aufgezählt:

- Grundsteuer
- Grundsteuerzuschläge (Unfallversicherung, Beitrag zum Familienausgleich, Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Landwirtschaftskammerumlage)
- Einkommensteuer
- Umsatzsteuer
- Grunderwerbssteuer
- Kirchenbeitrag
- Bodenwertabgabe und Gebühren

Zudem ist der Einheitswert auch außerhalb des Steuerrechts von Bedeutung, etwa für die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge, für die Zuerkennung von Förderungen und Sozialleistungen. In der Nachkriegszeit wurden die überholten Einheitswerte zunächst durch Multiplikation mit bestimmten Faktoren angepasst. Die erste österreichische Hauptfeststellung fand schließlich zum Stichtag 01.01.1956 statt. Dieses mehrfach novellierte Bundesgesetz bildet bis heute in seiner geltenden Fassung nach wie vor die Rechtsgrundlage für die Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich. Die allgemeine Feststellung der Ertragswerte für landwirtschaftliche Einheiten hat seit 1971 grundsätzlich im Abstand von 9 Jahren stattzufinden.

Gemäß Bewertungsgesetz ist der Einheitswert eines landwirtschaftlichen Betriebes ein Ertragswert (kein Verkehrswert). Der Ertragswert ist das 18-fache des Reinertrages, den der Betrieb seiner wirtschaftlichen Bestimmung gemäß im Durchschnitt der Jahre nachhaltig erbringen kann. Dabei ist davon auszugehen, dass der Betrieb unter gewöhnlichen Verhältnissen, ordnungsgemäß, gemeinüblich und mit entlohnenden Arbeitskräften bewirtschaftet wird. Außerdem ist zu unterstellen, dass der Betrieb schuldenfrei ist.

---

<sup>9</sup> Hackl, Josef: Steuerekunde für die Landwirtschaft, 2001, S 38 bis 43.

<sup>10</sup>Der Reinertrag ist besonders abhängig von:

- den natürlichen Ertragsbedingungen wie Klima, Geländeeigenschaften usw. Die Ermittlung dieser Bedingungen erfolgt im Wege der Bodenschätzung. Das Ergebnis der Bodenschätzung ergibt die Bodenklimazahl.
- den wirtschaftlichen Ertragsbedingungen wie äußere und innere Verkehrslage, Betriebsverhältnisse (Betriebsgröße), Sonderverhältnisse und Hagelgefährdung. Die Ermittlung dieser Bedingungen erfolgt im Wege der Betriebsbewertung. Das Ergebnis der Betriebsbewertung ist die Betriebszahl, die eine direkte Grundlage für den Hektarsatz des Betriebes bildet. Bei der Ermittlung der Betriebszahl werden hinsichtlich der natürlichen Ertragsbedingungen die Ergebnisse der Bodenschätzung herangezogen. Für die wirtschaftlichen Ertragsbedingungen werden jeweils die gegendüblichen Verhältnisse der zu diesem Zweck eigens bewerteten Richtbetriebe unterstellt und mit Zu- und Abschlägen berücksichtigt.

#### **4.1. Die Bewertung des Vermögens**

<sup>10</sup>Die Grundlage für die landwirtschaftliche Einheitsbewertung bildet die Bodenschätzung. Durch die Bodenschätzung wird der Boden mit den besten Ertragsverhältnissen festgestellt und mit der Wertzahl 100 bezeichnet. Bei der Einschätzung des Bodens werden neben der Entstehung des Bodens, der Wasserführung, der Stärke der Humusauflage, dem Gehalt an Lehm, Ton und Sand auch noch das Klima, die Überschwemmungsgefährdung, die Frostlage, die Erdverwehungsgefahr, die Waldbeschattung, die Hanglage usw. berücksichtigt. Alle übrigen Böden werden in Prozenten des besten Bodens hinsichtlich ihrer Ertragsfähigkeit eingestuft. Sie erhalten also eine Wertzahl unter 100. Ein Boden mit der Wertzahl 60 bedeutet demnach, dass dieser Boden 60 Prozent des Ertrages des besten Bodens mit der Wertzahl 100 erbringen kann. Die Bodenschätzung wird von einer Bodenschätzkommission durchgeführt. Die Kommission verwendet für Acker und Grünland verschiedene Schätzrahmen. Für Ackerland ist die Bodenzahl und Ackerzahl zu ermitteln. Die Bodenzahl berücksichtigt die Verschiedenheit der Bodenbeschaffenheit, Temperatur, Windverhältnisse

---

<sup>10</sup> Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, BewG, S 490.

<sup>10</sup> Hackl, Josef: Steuerkunde für die Landwirtschaft, 2001, S 38 bis 43.



usw. Beim Grünland entspricht dieser Zahl die Grünlandzahl. Multipliziert man die Grundstücksfläche in Ar mit der Acker- bzw. Grünlandzahl so erhält man die sogenannte Ertragsmesszahl. Die Ertragsmesszahl ergibt noch keinen eindeutigen Hinweis auf die Ertragsfähigkeit eines Betriebes. Zu diesem Zweck ist die Bodenklimazahl zu ermitteln. Sie ergibt sich, wenn die Summe aller Ertragsmesszahlen eines Betriebes durch das Gesamtausmaß der zugrundegelegten Fläche in Ar geteilt wird. Die Bodenklimazahl gibt das Verhältnis der natürlichen Ertragsbedingungen der in Betracht gezogenen Flächen zu der ertragfähigsten des Bundesgebietes mit der Wertzahl 100 an. Um eine gleichmäßige Bodenschätzung in ganz Österreich zu gewährleisten, erfolgt die Ermittlung der natürlichen Ertragsbedingungen im Vergleichsverfahren, wobei Bundesmusterstücke als Vergleichsgrundlage dienen. Die Musterstücke sind gemäß § 2 Bodenschätzgesetz in Zeitabständen von 20 Jahren zu überprüfen. Die wirtschaftlichen Ertragsbedingungen werden durch die Betriebsbewertung erfasst. Die Grundlage hierfür bilden die Bewertungsrichtlinien. Es werden vor allem folgende wirtschaftliche Ertragsbedingungen berücksichtigt:

- Äußere Verkehrslage (Entfernung vom Wirtschaftshof zum Lagerhaus, Milchsammelstelle, Straßenverhältnisse, Steigung usw.)
- Innere Verkehrslage (Betriebsverhältnisse wie Größe der Landwirtschaft und Intensität der Bewirtschaftung, Sonderverhältnisse wie zum Beispiel Bewässerungsmöglichkeiten in Trockengebieten oder günstige Verwertung eigener Produkte und die Hagelgefährdung).

Die Ertragswertermittlung erfolgt zur Sicherung der Gleichmäßigkeit der Bewertung in einem vergleichenden Verfahren. Ausgegangen wird von einem sogenannten Hauptvergleichsbetrieb, einem idealisierten Betrieb dem optimale natürliche und wirtschaftlich ausgeglichene Ertragsbedingungen unterstellt werden. Diesen Betrieb, den es in der Realität nicht gibt, wird eine Betriebszahl von 100 zugeordnet. Um die Gleichmäßigkeit der Bewertung sicherzustellen, werden für das ganze Bundesgebiet Betriebe als sogenannte Vergleichsbetriebe und Untervergleichsbetriebe ermittelt. Das Verhältnis der Ertragsfähigkeit dieser Betriebe zum Hauptvergleichsbetrieb wird durch eine entsprechend niedrige Betriebszahl ausgedrückt. Die Bewertungsergebnisse der Vergleichs- und Untervergleichsbetriebe schaffen Anhaltspunkte für die Einstufung aller übrigen Betriebe, die im Ertrag mit diesen zu vergleichen sind.

Die wirtschaftlichen Ertragsbedingungen werden im Wege der Einheitsbewertung durch Zu- und Abschläge zu und von der Bodenklimazahl berücksichtigt. Das Ergebnis ist die Betriebszahl. Dies führt zu folgender Berechnung:

$$\text{Hektarsatz} = \frac{\text{Betriebszahl (BZ)} \times \text{Hektarhöchstsatz}}{100}$$

Abbildung 2: Berechnung des Hektarsatzes <sup>11</sup>

Daraus ergibt sich in weiterer Folge der Einheitswert, indem die Fläche in ha mit dem Hektarsatz multipliziert wird.

#### **4.1.1. Bewertung des Weinbauvermögens**

Weinbaubetriebe werden ebenso mit dem Ertragswert bewertet, analog zum landwirtschaftlichen Vermögen, wobei nachstehende Unterschiede zu beachten sind:

<sup>12</sup>Zum Normalbestand an Weinvorräten zählen auch die Weinvorräte, die aus der Ernte der letzten beiden Jahre stammen oder die sich bei gemeinüblicher Bewirtschaftung noch im Ausbau befinden. Spitzenweine, die über die regelmäßige Ausbauzeit hinaus einer Kellerbehandlung unterzogen werden, gehören jedoch zum sonstigen Vermögen. Weiter werden zur Feststellung der Betriebszahlen nicht Weinbaubetriebe, sondern Weinbaulagen verglichen, weil die Ertragsfähigkeit gerade im Weinbau durch verschiedene Lagen, Bodenbeschaffenheit, Wasserversorgung, Klima usw. sehr unterschiedlich ist. Die Ergebnisse werden durch die Weinbauzahl ausgedrückt.

---

<sup>11</sup> Hackl, Josef: Steuerkunde für die Landwirtschaft, 2001, S 41.

<sup>12</sup> Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3.Auflage, Wien-Graz 2007, S.105.

#### **4.1.2. Bewertung des gärtnerischen Vermögens**

Gärtnerisches Vermögen umfasst den Erwerbsgartenbau, also jenen Teil eines Betriebes, der dauernd einem gärtnerischen Hauptzweck dient. Die Bewertung erfolgt nach dem Einzelertragswert und nicht mit einem vergleichenden Verfahren.

#### **4.1.3. Bewertung bei gewerblicher Nutztierhaltung**

Die Zucht oder das Halten von Tieren gilt als landwirtschaftlicher Betrieb, wenn zur Tierzucht oder Tierhaltung überwiegend eigen produzierte Erzeugnisse verwendet werden. Diese Erzeugnisse müssen im eigenen oder zugepachteten Betrieb erzeugt werden, welche Art von Tieren gehalten wird ist nicht von Bedeutung. Es gelten auch Pelztierfarmen oder Wildparks als landwirtschaftliche Betriebe, wenn für die Haltung und Zucht dieser Tiere überwiegend eigene Futtermittel verwendet werden.

Überwiegend heißt, der Futterbedarf muss zumindest zu 51 Prozent aus eigener Erzeugung stammen, wobei nicht die Menge oder der Nährwert, sondern der Marktwert der Futtermittel den Vergleichsmaßstab bildet. Weiteres sind zur Abgrenzung einer gewerblichen Tierhaltung die gehaltenen Großvieheinheiten zu beachten. So dürfen folgenden Vieheinheiten laut § 30 Abs. 5 BewG nicht überschritten werden:<sup>13</sup>

*für die ersten 10 ha nicht mehr als.....8 VE*

*für die nächsten 10 ha nicht mehr als .....6 VE*

*für die nächsten 10 ha nicht mehr als .....4 VE*

*für die nächsten 10 ha nicht mehr als..... 3 VE*

*für die nächsten 10 ha nicht mehr als.....2 VE*

und für die restliche reduzierte landwirtschaftliche Nutzfläche nicht mehr als 1 VE je Hektar. Hutweiden und Streuwiesen sind auf ein Drittel, Alpen und Bergmähder auf ein Fünftel zu reduzieren. Für die Anzahl der zulässigen VE zählen alle vom Betrieb bewirtschafteten Flächen.

---

<sup>13</sup> Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, BewG, S 484.

Diese Regelung gilt für alle im Gesetz genannten Tiere. Diese sind taxativ aufgezählt, wobei folgender Umrechnungsschlüssel gilt:

<b>Pferde :</b>	0,35	VE
Fohlen, Jungpferde bis ein Jahr		
Jungpferde ein bis drei Jahre, Kleinpferde	0,6	VE
andere Pferde über drei Jahre	0,8	VE
<b>Rinder:</b>		
Rinder bis sechs Monate	0,3	VE
Rinder sechs Monate bis ein Jahr	0,55	VE
Rinder ein bis zwei Jahre	0,8	VE
Rinder über zwei Jahre	1,0	VE
Je 1000 Kilogramm erzeugte Milch sind 0,05 VE hinzuzurechnen.		
<b>Schafe und Ziegen:</b>		
Lämmer und Kitze bis sechs Monate	0,05	VE
Schafe und Ziegen über sechs Monate	0,1	VE
<b>Schweine:</b>		
Ferkel (10 bis 30 kg)	0,01	VE
Mastschweine aus zugekauften Ferkeln	0,09	VE
Mastschweine aus eigenen Ferkeln	0,1	VE
Jungsauen, Jungeber	0,1	VE
Zuchtsauen, Zuchteber	0,3	VE
<b>Hühner:</b>		
Junghennen	0,002	VE
Legehennen aus zugekauften Junghennen	0,013	VE
Jungmasthühner	0,001	VE
<b>Übriges Geflügel:</b>		
Mastenten	0,003	VE
Mastgänse	0,006	VE
Mastputen	0,009	VE
<b>Kaninchen:</b>		
Zucht- und Angorakaninchen	0,034	VE
Mastkaninchen	0,002	VE
<b>Damtiere:</b>		
Damtiere	0,09	VE

Abbildung 3 : Umrechnungsschlüssel Vieheinheiten , BGBl I 2000/142 ab 30.12.2000 <sup>14</sup>

<sup>14</sup> Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, BewG, S 485.

Geflügelzuchtbetriebe, die von einer Landwirtschaftskammer als solche anerkannt werden, gelten in jedem Fall als landwirtschaftliche Betriebe. Somit gilt aus steuerrechtlicher Sicht, ein Tierhaltungsbetrieb ist als Gewerbebetrieb anzusehen, wenn wertmäßig überwiegend Fremdfuttermittel eingesetzt werden, die oben genannten Vieheinheiten überschritten werden und es sich um keinen anerkannten Geflügelvermehrungsbetrieb handelt.

#### **4.1.4. Bewertung bei forstwirtschaftlichem Vermögen**

<sup>15</sup>Für forstwirtschaftliche Betriebe gelten hinsichtlich Umfang, Zurechnung und Abgrenzung im Wesentlichen dieselben Grundsätze wie für das landwirtschaftliche Vermögen. Als forstwirtschaftliche Hauptzwecke gelten in erster Linie die Holzzucht und Holzgewinnung. Kleinstwaldungen bis einschließlich 10 ha werden aus Gründen der Vereinfachung nach Pauschalsätzen getrennt und nach Gerichtsbezirken bewertet. Für Betriebe über 10 ha bis 100 ha, sogenannte Kleinwälder, gibt es Bewertungsgrundlagen. Daher sind Werte wie Baumart, Altersstufe, Preisgebiet, Holzwachstum und Wertziffer (steigt mit zunehmenden Erschwernissen) von Bedeutung. Die Bewertung von Großwäldern, das sind Wälder mit einer Größe von mehr als 100 ha, gelten noch genauere Verfahren als oben genannt. Forstsachverständige der Finanzlandesdirektion beurteilen diese Gebiete nach einer maßgeblichen Minderungszahl. Diese ist ähnlich der Wertziffer und gibt den Grad der Erschwernis an.

#### **4.1.5. Bewertung bei Sonderkulturen <sup>16</sup>**

Beim Anbau von Sonderkulturen, dazu zählen intensiver Feldgemüsebau, Hopfenanbau, Tabakanbau, Arznei- und Gewürzpflanzen sowie Christbaumkulturen, wird der maßgebliche Einheitswert ebenfalls durch Zuschläge erhöht. Intensiver Feldgemüsebau, ab einem Ausmaß von über einem halben Hektar wird durch einen Zuschlag zum Einheitswert berücksichtigt. Die Höhe hängt von der Gemüseart, der Größe der Anbaufläche und den klimatischen Verhältnissen ab. Der höchste Zuschlag von 908,00 € pro ha ist etwa für die Gemüseart Paprika, Spargel, Sellerie oder Schnittlauch auf einer Anbaufläche von über 5 ha in günstiger Klimastufe vorgesehen.

---

<sup>15</sup> Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.106.

<sup>16</sup> Urban, Christian: LBG aktuell 2/2006 .

Der geringste Zuschlag von 36 € pro ha gilt etwa für Erbsen- und Bohnenfelder oder Krautkulturen mit einer Kulturfläche von über 0,5 ha bei ungünstiger Klimalage. Nicht zum Feldgemüse zählen Druschbohnen, Druscherbsen und Öldistel. Spezielle Zuschläge sind für Flächen von Plastikfolientunnel ab 3,5 m Basisbreite vorgesehen. Für Hopfenanlagen, Tabakanbau, Arznei- und Gewürzpflanzen sowie Christbaumkulturen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen ab einem Ausmaß von über 0,3 ha sind Zuschläge von 436,00 € bis 1.235 € vorgesehen. Beim Anbau von Sonderkulturen auf Pachtflächen wird der Zuschlag zum Einheitswert dem Pächter zugerechnet, hat dieser keinen eigenen Flächenbesitz, dann wird er dem Eigentümer zugerechnet. Die Verwaltungspraxis ist hier jedoch bundesweit nicht einheitlich.

#### **4.2. Zuschläge zum Einheitswert**

Mit dem Einheitswert der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist nur der sogenannte Normalbestand erfasst. Bei überdurchschnittlicher Viehhaltung werden Zuschläge zum Einheitswert verrechnet.

So dürfen folgende Vieheinheiten nicht überschritten werden:<sup>17</sup>

*für die ersten 10 ha nicht mehr als.....3 VE*

*für die nächsten 10 ha nicht mehr als .....2 VE*

und für die restliche reduzierte landwirtschaftliche Nutzfläche nicht mehr als 1 VE je Hektar. Darüber hinausgehende Viehbestände werden mit einem Zuschlag in der Höhe von 153 € bis 191 € pro VE bewertet. Für die steuerliche Umrechnung der Tierbestände gilt die gleiche Tabelle wie zur Feststellung eines Gewerbebetriebes (Abbildung 3, Seite 13). Bei Tierbeständen die im Laufe eines Wirtschaftsjahres wiederholt umgesetzt werden (z.B. Schweinemast) ist die Jahresproduktion maßgeblich.

---

<sup>17</sup>Jilch, Martin : Die 100 wichtigsten Steuerfragen von Land- und Forstwirten, Selbstverlag 2005, S. 31.

*Beispiel: Bei einer 20 ha Landwirtschaft sind 50 Vieheinheiten im EW berücksichtigt. Werden pro Jahr 700 Mastschweine aus Zukaufsferkel verkauft sind dies 63 VE (700 Stück x 0,09). Der Einheitswertzuschlag für 13 VE wäre also als Zuschlag zum Einheitswert zu berücksichtigen. Diese Zuschläge werden auch bei der Gewinnermittlung berücksichtigt. Damit sind die sich ergebenden zusätzlichen Gewinne bei der Vollpauschalierung erfasst und abgegolten.*

## **5. Einkünfte aus Landwirtschaft laut § 21 EStG <sup>18</sup>**

Laut Einkommensteuergesetz § 21 gelten als Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft folgende:

- Einkünfte aus dem Betrieb von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau, Gartenbau, Obstbau, Gemüsebau und aus allen Betrieben, die Pflanzen und Pflanzenteile mit Hilfe von Naturkräften gewinnen. Unter Landwirtschaft sind insbesondere der typische Ackerbau und die Grünlandbewirtschaftung gemeint. Wenn Erzeugnisse zugekauft und weiterveräußert werden, dann ist die Abgrenzung nach dem Bewertungsgesetz § 30 Abs. 9 und 11 BewG 1955 zu berücksichtigen.
- Weiteres zählen zu den § 21 Einkünften auch die Erträge aus Tierzucht- und Tierhaltung. Auch hier ist wieder auf eine gewerbliche Abgrenzung zu achten.
- Ebenso können Einkünfte aus Jagd zu den land- und forstwirtschaftlichen Einkünften zählen, wenn diese im Zusammenhang einer solchen stehen.
- Einkünfte aus Binnenfischerei, Fischzucht und Teichwirtschaft zählen ebenso dazu.
- Aber auch Einkünfte aus Nebenbetrieben gehören unter diese Einkunftsart. Ein Nebenbetrieb ist jener, der einem land- und forstwirtschaftlichen Hauptbetrieb zu dienen bestimmt ist.
- Auch zu nennen sind Gewinnanteile der Gesellschafter, bei denen die Gesellschaft als Mitunternehmer anzusehen ist und Veräußerungsgewinne im Sinne des § 24 EStG.

Eine genaue Abgrenzung ist aufgrund der Vielfalt der Bodennutzung und Vielgestaltigkeit sehr schwer. Das Einkommensteuergesetz liefert eine nicht taxative Aufzählung derjenigen Tätigkeiten, die als land- und forstwirtschaftliche Einkommensquelle in Frage kommen.

---

<sup>18</sup> Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, EStG, S 72.

Daher ist es möglich diesem Wirtschaftszweig eine Anpassung entsprechend dem wirtschaftlichen Strukturwandel und der Entwicklung zu gewähren. Die sehr interpretationsbedürftigen gesetzlichen Vorschriften lassen daher einen weiten Spielraum zu.

### **5.1. Einkünfte aus Landwirtschaft im engeren Sinn**

<sup>19</sup>Erträge aus der Erzeugung von pflanzlichen und tierischen Produkten die mit Hilfe von Naturkräften erzeugt werden, gelten als Einkünfte aus Landwirtschaft. Ein wesentlicher Unterschied zur Abgrenzung zum Gewerbebetrieb besteht darin, dass Naturkräfte ein wesentlicher Produktionsfaktor sind. Bei einem Gewerbebetrieb stehen hauptsächlich mechanische Kräfte im Vordergrund. Einkünfte aus LuF sind jener Person zuzurechnen, die das Unternehmerrisiko trägt. Der Unternehmer muss weder Eigentümer der Betriebsmittel sein und auch nicht persönlich mitarbeiten. Da bei LuF - Betrieben der Boden eine bedeutende Naturkraft darstellt, ist es notwendig ein gewisses Mindestmaß einer Beziehung zu Grund und Boden herzustellen. Unter Boden ist nicht nur der Erdboden zu verstehen, auch anorganische mit Nährlösung versetzte Masse wie Hydrokulturen stellen ein Minimum an Beziehung zu Grund und Boden her. Eine Pilzzucht in Kellerräumen wird der Landwirtschaft zugerechnet, eine Pflanzenzucht in laboratoriumsmäßigen Glasbehältern gilt nicht als Mindestbezug zu Grund und Boden, daher stellt dies einen Gewerbebetrieb dar. Der Abbau von Substanz wie beispielsweise Torfabbau ist ebenfalls gewerblich. Die Produktion von Rasenziegeln und Rollrasen gilt als landwirtschaftliche Tätigkeit, weil hier die Aussaat, Düngung, Bewässerung usw. und der Einsatz der Naturkräfte typische landwirtschaftliche Vorgänge sind. Schipisten, die während der Vegetationsperiode ungehindert bewirtschaftet werden können, gehören zum Landwirtschaftsbetrieb. Fußballplätze, Golfplätze oder Tennisplätze sind in jedem Fall, auch wenn sie gelegentlich beweidet oder zur Heugewinnung verwendet werden, nicht Teil eines landwirtschaftlichen Betriebes.

---

<sup>19</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.165-169.



## **5.2. Einkünfte aus Forstwirtschaft**

Die Bodenbewirtschaftung zur Gewinnung von Walderzeugnissen wird Forstwirtschaft genannt. Es wird zwischen Betrieben mit jährlicher Holznutzung und Betrieben bei denen eine jährliche Holznutzung nicht durchgeführt wird unterschieden. Auch die Veräußerung von Moos, Tannenzapfen, Nadeln, Reisig, Laub, Pilzen, Beeren und anderen Walderzeugnissen gehört ebenfalls zur Forstwirtschaft sowie Baumschulbetriebe und Christbaumkulturen.

## **5.3. Einkünfte aus Weinbau**

<sup>20</sup> Unter Einkünften aus Weinbau versteht man die Traubengewinnung und deren Verarbeitung zu Wein, sowie die Vermarktung des erzeugten Produktes, aber nur dann wenn es sich um eigen erzeugte Trauben handelt. Der Zukauf von Trauben ist daher genauso wie der Zukauf von Wein, Sekt, Spirituosen usw. als steuerschädlicher Zukauf anzusehen. Die Verabreichung von selbsterzeugtem Wein im Rahmen eines Buschenschanks ist noch kein Gewerbebetrieb. Bei Verabreichung und Ausschank von zugekauften Waren sind jedoch gesetzliche Grenzen zu beachten.<sup>21</sup> Ein landwirtschaftlicher Betrieb liegt nur dann vor, wenn die Zukaufsmenge an frischen Weintrauben nicht mehr als 2.000 kg je ha bewirtschafteter Weinbaufläche beträgt. Beim Wein darf eine Menge von 1.500 l je ha bewirtschafteter Weinbaufläche nicht überschritten werden, um nicht als Gewerbebetrieb zu gelten und bei den übrigen zugekauften Produkten wie Speisen, alkoholischen und nicht alkoholischen Getränken, Rauchwaren usw. gilt eine 25 Prozent Grenze berechnet vom Gesamtumsatz. Ein Buschenschank ist grundsätzlich Teil eines landwirtschaftlichen Hauptbetriebes. Ein Gewerbebetrieb liegt grundsätzlich vor, wenn laut Gewerbeordnung ein Gewebeschein erforderlich ist. Also zum Beispiel wenn warme Speisen verabreicht werden. Der Drittelpächter als auch der Verpächter erzielen ebenfalls landwirtschaftliche Einkünfte.

---

<sup>20</sup> Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S. 170.

<sup>21</sup> Jilch, Martin: Die 100 wichtigsten Steuerfragen von Land- und Forstwirten, Selbstverlag 2005, S. 35.

Beim Drittepächter stellt der Weingartenbesitzer den Grund und Boden zur Verfügung und sorgt für den Erhalt des Rebbestandes, während der Drittepächter seine Arbeitskraft beisteuert. Der Verpächter erhält als Pachtvertrag ein Drittel der Ernte. Die Herstellung von Sekt ist auch dann im Sinne der Einkünfte eines Weinbaubetriebes zu werten, wenn die Sektfertigung und Abfüllung im Lohnverfahren erfolgen. Erzeugt hingegen eine Genossenschaft selber Sekt, ist diese Tätigkeit jedenfalls gewerblich.

#### **5.4. Einkünfte aus Gartenbau**

<sup>22</sup>Typisch für den Gartenbaubetrieb ist die arbeitsintensive Nutzung einer relativ kleinen Fläche, wobei der Grund und Boden als hauptsächlicher Produktionsfaktor nach und nach zurücktritt. Zum Gartenbau zählen Friedhofsgärtnereien, wenn die Pflanzenzucht im Vordergrund steht. Sobald die Haupttätigkeit der Grabgestaltung und Gräberbetreuung zugesprochen werden kann, liegt ein Gewerbebetrieb vor. Während die Verwendung eigener Pflanzen zur Grabpflege unschädlich ist, liegt bei der Verwendung von Blumen aus fremden Gärtnereien ein Gewerbebetrieb vor. Befasst sich ein Betrieb ganz oder überwiegend mit der Gestaltung von Gartenanlagen, liegen ebenfalls Einnahmen aus Gewerbebetrieb vor. Auch ein Blumengeschäft ist nach dem Umfang des Zukaufes einzustufen. Blumenfelder zum selber pflücken, auf jährlich wechselnden Feldern, werden nicht zur Einstufung als Gartenbau gezählt. Feldgemüsebau ist die Produktion von Gemüse im Zuge einer landwirtschaftlichen Fruchtfolge. Die Produktion von Gemüse ist in die Fruchtfolge von anderen landwirtschaftlichen Kulturen eingegliedert. Durch den Verzicht auf reine Gemüsefruchtfolge verliert der Gemüsebau jene Intensität, wie sie im gärtnerischen Gemüsebau vorliegt.

#### **5.5. Einkünfte aus Tierzucht**

<sup>23</sup>Die Tierzucht und Tierhaltung gilt als landwirtschaftlicher Betrieb, wenn überwiegend Futtermittel aus eigener Produktion verwendet werden und die erlaubten Großvieheinheiten nicht überschritten werden (siehe Seite 15).

---

<sup>22</sup>Kopetz Pelzmann: Gemüsepraxis im Freiland, Folie 1981, S 18.

<sup>23</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.173.

Es ist belanglos welche Arten von Tieren gehalten oder gezüchtet werden (z.B. Rinder, Schweine, Esel, Schafe, Ziegen, Geflügel, Schnecken, Pelztiere, Fische, Frösche). Besamungsstationen, Embryotransferstationen und Brütereien können auch zur Land- und Forstwirtschaft gehören. Aber auch die Seidenraupen-, Muschel- oder Froschzucht ist eine landwirtschaftliche Tätigkeit. Die Nützlingsproduktion dient der biologischen Schädlingsbekämpfung. Die Produktion von Insekten, wird soweit ein land- und forstwirtschaftliches Vermögen vorliegt, auch der Landwirtschaft zugerechnet. Die Produktion mikrobiologischer Mittel zur Schädlingsbekämpfung wie zum Beispiel der Einsatz von Viren, Protozoen, Pilzen und Bakterien erfordert aber spezielle von der Urproduktion unabhängige Anlagen, sodass ein Gewerbebetrieb vorliegt.

Eine Pensionstierhaltung, also die Unterbringung und Fütterung fremder Tiere ist ebenfalls der Land- und Forstwirtschaft zuzurechnen. Die Pensionspferdehaltung ist auch dann eine Einkunft aus Landwirtschaft, wenn neben der Pferdeeinstellung noch Pferdeboxen und Weideflächen oder Reitanlagen zur Verfügung stehen. Diese Reitanlagen sind unverzichtbarer Teil einer artgerechten Tierhaltung und somit Bestandteil der Tierhaltung. Kommt noch eine Erteilung von Reitunterricht, Beaufsichtigung oder Organisation von Ausritten oder etwa eine Gaststätte hinzu, kann es zu einer gewerblichen Gesamtbeurteilung kommen. Pensionspferdehaltung und Pferdevermietung sind gewerblich, wenn den Reitern und Pferdehaltern darüber hinaus die Ausübung andere Sportarten und Freizeitmöglichkeiten wie Tennis, Sauna, Minigolf usw. geboten werden. Kutschen und Schlittenfahrten sind als land- und forstwirtschaftliche Nebentätigkeiten im Rahmen der Landwirtschaft möglich. Die Hengsthaltung ist Landwirtschaft, Rennställe sind entweder Gewerbebetriebe oder Liebhaberei.

## **5.6. Fischzucht- und Bienenwirtschaft**

<sup>24</sup>Die Einkünfte aus Binnenfischerei, Fischzucht und Teichwirtschaft gelten als Einkunft aus Landwirtschaft, auch wenn kein Zusammenhang mit einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb vorliegt. Gleiches gilt für eine Bienenzucht.

---

<sup>24</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.186.

Bei der Fischzucht werden Brütlinge, Setzlinge und Speisefische erzeugt, weiters dient die Fischzucht auch zur Herstellung von Ködern und zur Fütterung anderer Fische. Eine Beschränkung bei fehlenden Futtermitteln sieht das Gesetz nicht vor, so ist auch bei überwiegendem Fremdfuttermittelverbrauch kein Gewerbe zu unterstellen. Gewerblicher Fischhandel liegt dann vor, wenn der Einkaufswert der zugekauften Fische mehr als 25 Prozent des Umsatzes aus dem Fischereibetrieb ausmacht. Eine Forellenstation, in der die Gäste essfertig zubereitete Forellen samt Beilagen und Getränken erhalten ist immer Gewerbebetrieb, auch wenn die Fische aus eigener Zucht stammen. Die Bienenzucht ist auch dann Landwirtschaft, wenn ausschließlich fremde Futtermittel wie etwa Zucker verwendet werden, da eine Fütterung mit eigenen Erzeugnissen etwa mit Nektar gar nicht nachweisbar wäre. Dies gilt für die Honigproduktion und auch für die Züchtung zum Zwecke der Weiterveräußerung von Bienenvölkern.

### **5.7. Einkünfte aus Jagd**

<sup>25</sup>Jagdeinkünfte zählen dann zu Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, wenn ein Zusammenhang mit dem Betrieb einer Land- oder Forstwirtschaft vorliegt. Das kommt häufig bei Eigenjagden vor, bei lediglicher Jagdpacht mit der nicht gleichzeitig eine Pacht oder der Besitz eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes verbunden ist, liegt entweder Liebhaberei oder ein Gewerbebetrieb vor. Wird eine Eigenjagd verpachtet, so liegen durch die Einnahme des Pachteurs Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft vor. Wildgatter, Wildgehege oder Wildparks sind nur dann unter Landwirtschaft einzugliedern, wenn die Futtergrundlage dem Grund und Boden der betreffenden Land- und Forstwirtschaft entstammt. Die Haltung von Damwild ist immer der Landwirtschaft zuzurechnen, auch bei überwiegendem Futterzukauf. Wenn aber auch Souvenirs verkauft werden und diese im Wesentlichen aus dem eigenen Betrieb stammen (Wilddecken, usw.) gehören die Einnahmen zweifelsohne zur Landwirtschaft. Wenn bei der Betreibung von Wildparks Eintrittsgelder verlangt werden ist zu untersuchen ob die forstwirtschaftliche Nutzung gegenüber dem Wildgehegen in den Hintergrund tritt.

---

<sup>25</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirtschaft, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.188.

## **5.8. Land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe – Nebentätigkeiten**

Ein Nebenbetrieb ist ein Betrieb der dem landwirtschaftlichen Hauptbetrieb zu dienen bestimmt ist. Bei den land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben handelt es sich eigentlich um Gewerbebetriebe, die aber wegen ihres Zusammenhanges mit dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen als unselbständige Teile bewertet werden und auch mit diesem besteuert werden. Typische Nebenbetriebe sind Sägewerke, Brennereien, Molkereien, Mühlen, diese dürfen gegenüber dem Hauptbetrieb weder rechtlich noch wirtschaftlich selbständig sein und müssen unbedingt vom Hauptbetrieb abgrenzbar sein. Ein Nebenbetrieb benötigt immer zusätzliche Produktionsfaktoren wie Maschinen, bauliche Anlagen oder Arbeitskräfte. Die wirtschaftliche Bedeutung des Nebenbetriebes darf zwar relativ nicht jene des Hauptbetriebes erlangen, muss aber auf jeden Fall von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung sein. Eine Unterordnung ist nicht mehr gegeben, wenn die Einnahmen aus Be- und / oder Verarbeitung gemeinsam mit den Einnahmen (inklusive Umsatzsteuer) aus einem land- und forstwirtschaftlichen Nebenerwerb 24.200 € überschreiten. Zu dieser Grenze werden die Einnahmen aus Zimmervermietung oder Einnahmen im Zuge einer bäuerlichen Nachbarschaftshilfe nicht angerechnet. Ein Weinbuschenschank ist kein Nebenbetrieb, das heißt keine Einbeziehung in die 24.200 € Grenze, dieser Buschenschankbetrieb gehört unter Beachtung des § 30 Abs. 9 BewG zum Landwirtschaftsbetrieb. Ebenso muss die land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundfläche mindestens 5 ha oder die weinbaulich oder gärtnerisch genutzte Grundfläche mindestens 1 ha betragen.

---

<sup>26</sup> Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.190.

### **5.8.1. Tätigkeiten im Rahmen der Qualitätssicherung, als Sachverständiger und sonstige Tätigkeiten**

<sup>27</sup>Die Tätigkeiten als Schweinetätowierer, Waldhelfer, Milchprobennehmer, Besamungstechniker im Sinne eines Landes- und Tierzuchtgesetzes, Klauenpfleger, Fleischklassifizierer, Saatgut- oder Sortenberater, Biokontroller, Zuchtwart, Hagelschätzer, Hagelberater, SeminarbäuerInnen, land- und forstwirtschaftlicher Sachverständiger und land- und forstwirtschaftlicher Berater oder Vortragender werden steuerlich in jedem Fall als Gewerbebetrieb beurteilt, obwohl die genannten Berufe ihre Sozialversicherungsbeiträge an die Sozialversicherung der Bauern abführen.

### **5.8.2. Kommunaldienste und Fuhrwerksleistungen**

Diese Tätigkeiten gehören zu den land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten, wenn sie wirtschaftlich untergeordnet sind. Ein Mindestausmaß an Grund und Boden (5 bzw. 1 ha) ist erforderlich, auch die Umsatzgrenze von 24.200 € darf nicht überschritten werden um noch Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft zu erzielen. Zu diesen Diensten gehören:

- *Dienstleistungen und Vermietung im Rahmen der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit von Land- und Forstwirten im örtlichen Nahbereich, die über die reinen Selbstkosten oder mit Ausweis der eigenen Arbeitskraft verrechnet werden*
- *Dienstleistungen als Bauern- oder Holzakkordant*
- *Fuhrwerksleistungen*
- *Kommunaldienste*
- *Dienstleistungen zur Verwertung von organischem Müll*
- *Winterdienstleistungen*
- *Einnahmen aus Maschinen- oder Gerätevermietung an landwirtschaftliche Genossenschaften*
- *Verkauf von be- und verarbeiteten Waren – DIREKTVERMARKTUNG*

Einnahmen aus der Privatzimmervermietung sowie Einnahmen aus der auf reiner Selbstkostenbasis (also ohne Verrechnung der eigenen Arbeitskraft aufgebauten Leistungen) und Vermietung im Rahmen der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit sind der 24.200 € Grenze nicht anzurechnen.

---

<sup>27</sup> Schwarz, Georg: Sozialversicherungsanstalt der Bauern, Broschüre , 2006 .

### **5.8.3. Be- und Verarbeitung überwiegend eigener Naturprodukte**

<sup>28</sup> Die steuerliche Abgrenzung von Einkünften aus be- und verarbeiteten Produkten hängt von der Höhe der Einkünfte ab. Die Einkünfte aus dem Verkauf von Urprodukten sind für die Abgrenzung nicht relevant. Liegen Einnahmen aus dem Verkauf von be- und verarbeiteten Produkten vor, ist die Zuordnung zur Landwirtschaft nur dann gegeben, wenn die Umsatzgrenze von 24.200 € nicht überschritten wird und die Mindestfläche von 5 ha bzw. 1 ha vorliegt. Zur Feststellung ob es sich um Urprodukte oder be- und verarbeitete Produkte handelt findet sich auf Seite 34 ein Urproduktkatalog. Bei Bauern die ihre Erzeugnisse in einem Bauernladen gemeinsam zum Verkauf anbieten, ist zu unterscheiden, ob die Ladengemeinschaft oder der einzelne Bauer nach außen hin auftritt. Wenn jedes Produkt einem bestimmten Landwirt zugeordnet werden kann, und erkennbar ist, dass der Verkauf im Namen und auf Rechnung des einzelnen Landwirtes erfolgte (Beschilderung im Lokal, eine Produktbezeichnung reicht nicht aus) und das Verkaufsrisiko beim Einzelnen liegt, dann sind die Umsätze dem Einzelnen anzurechnen. Sind die Voraussetzungen nicht erfüllt, sind die Umsätze der Ladengemeinschaft anzurechnen, es liegt ein eigenes Steuersubjekt vor.

### **5.8.4. Persönliche Dienstleistungen für andere Landwirte und Vermietung von Betriebsmitteln**

Die persönlichen Dienstleistungen für andere Betriebe im örtlichen Nahbereich (eigener Verwaltungsbezirk und angrenzender Verwaltungsbezirk oder angrenzende Ortsgemeinden) für die mehr als die reinen Selbstkosten für die Arbeitsleistung verrechnet werden, sind steuerlich gesehen gesondert zu bewerten. Unter Holzakkordant versteht man eine Nebentätigkeit, bei welcher die Schlägerung einer bestimmten Holzmenge vereinbart wird und der Land- und Forstwirt die Arbeitseinteilung selbständig vornimmt. Die Vermietung von land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmitteln im Rahmen zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit von Land- und Forstwirten im örtliche Nahbereich, für die nicht mehr als die reinen Selbstkosten (ÖKL Richtsätze) verrechnet werden und die Einkünfte aus Maschinen und Gerätevermietung an landwirtschaftliche Genossenschaften sind gesondert zu erfassen und fallen unter die 24.200 € Umsatzgrenze.

---

<sup>28</sup> Schwarz, Georg: Sozialversicherungsanstalt der Bauern, Broschüre , 2006.

### **5.8.5. Privatzimmervermietung**

Unter Urlaub am Bauernhof versteht man die Vermietung von Privatzimmern mit Verabreichung des Frühstücks. Die Unterbringung muss in zum Betriebskomplex gehörenden Räumlichkeiten erfolgen. Werden lediglich Ferienwohnungen ohne Verpflegungsangebot, täglicher Reinigung oder sonstiger Dienstleistungen angeboten, handelt es sich nicht um Urlaub am Bauernhof, sondern um Vermietung und Verpachtung. Ebenso wenn eine Bettenanzahl von 10 Stück überschritten wird, dann liegt gewerbliche Zimmervermietung vor.

## **6. Besteuerung von Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft**

In den vorherigen Kapiteln wurden die allgemeinen Gewinnermittlungsarten vorgestellt und auch bereits die Pauschalierungsarten, die insbesondere für land- und forstwirtschaftliche Betriebe gelten. Weiteres wurde ein wichtiger Faktor, der Einheitswert erläutert, weil die Gewinnermittlung von der Höhe des Einheitswertes abhängt. Auch auf die zahlreichen Arten landwirtschaftlicher Einkünfte wurde in den vorherigen Kapiteln eingegangen. In diesem Abschnitt sollen die zulässigen Gewinnermittlungsarten speziell für bäuerliche Betriebe erklärt werden.

### **6.1. Zulässige Gewinnermittlungsarten**

<sup>29</sup>Als Gewinnermittlungsarten für die Land- und Forstwirtschaft kommen in den Jahren 2006 bis 2010 in Betracht:

- Buchführung*
- Einnahmen-Ausgaben-Rechnung*
- Teilpauschalierung*
- Vollpauschalierung*

Ist die Bilanzierung nicht zwingend vorgesehen, so kann der Steuerpflichtige den Gewinn durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder pauschal ermitteln.

---

<sup>29</sup>Müller Eduard, Steuersparbuch 2009/2010, Linde Verlag, S 197.



Eine Vollpauschalierung ist aber bei Sozialversicherungsoption (zur SV Option siehe Seite 38) immer ausgeschlossen und eine Teilpauschalierung unter 65.000 € EW ohne gleichzeitige Sozialversicherungsoption unzulässig.<sup>30</sup> Beim Wechsel zwischen den Gewinnermittlungsarten ist immer ein Übergangsergebnis (Übergangsgewinn oder Übergangsverlust) zu ermitteln. Geht ein Landwirt von der Pauschalierung zur doppelten Buchführung oder Einnahmen-Ausgaben-Rechnung über, so ist die erneute Anwendung der pauschalen Gewinnermittlung frühestens nach Ablauf von fünf Kalenderjahren möglich.

## **6.2. Gewinnermittlung durch doppelte Buchführung**

<sup>31</sup>Übersteigt der Einheitswert zum 1.1. eines Jahres 150.000 € oder der Umsatz in zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren die Grenze von 400.000 €, besteht die Verpflichtung Bücher zu führen. Bei der Einheitswertgrenze sind Zu- und Verpachtungen zu berücksichtigen. Die Verpflichtung zur Buchführung erfolgt nicht durch Bescheid des Finanzamtes, sondern ergibt sich aus der Rechtsgrundlage. Das Überschreiten der Einheitswertgrenze zum 1.1. löst eine Buchführungspflicht im zweitfolgenden Jahr aus.

*Beispiel: EW 2008 : 140.000 €*

*EW 2009 : 160.000 €*

*EW 2010 und Folgejahr : 160.000 €*

*Lösung: Es besteht Buchführungspflicht ab 01.01. 2011.*

Bei der Ermittlung des Wertes der Zupachtung ist im Unterschied zur Sozialversicherung der Nutzungsart entsprechend der volle Hektarsatz des eigenen Betriebes anzugeben.

Bei der Sozialversicherung wird der Zupachtgrund von nahen Angehörigen mit 3/3 und der Zupachtgrund von nicht Angehörigen mit 2/3 des Einheitswertes berechnet. Wenn der Zupächter keinen eigenen Grund und Boden bewirtschaftet und somit auch über keinen eigenen Einheitswert verfügt, darf der Hektarsatz des Verpächters herangezogen werden.

<sup>32</sup>Der Gewinnermittlungszeitraum umfasst ein Wirtschaftsjahr, wobei Land- und Forstwirte ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr wählen dürfen.

---

<sup>30</sup> <http://www.ris.bka.gv.at>, 12.Juni, 2010 9:58 Uhr

<sup>31</sup> Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze BAO, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, S 854.

<sup>32</sup> Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze EStG, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, S 32.

Dieses Wirtschaftsjahr muss jedoch zwölf Monate umfassen, außer es handelt sich um die Eröffnung oder Schließung eines Betriebes oder das Wirtschaftsjahr wird auf einen anderen Stichtag umgestellt. Für die Umstellung müssen gewichtige betriebliche Gründe vorliegen (wie zum Beispiel Erleichterung der Inventur usw.) und das Finanzamt muss bescheidmäßig zustimmen.

<sup>33</sup>Die Buchführung beinhaltet eine doppelte Gewinnermittlung mit einer periodenbezogenen Abgrenzung. Der Gewinn ergibt sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluss des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen. Es werden eine Gewinn- und Verlustrechnung und ein Vermögensvergleich angestellt, deswegen ist auch eine Inventur (Bestandsaufnahme) erforderlich. Eine jährliche Bestandsaufnahme für das stehende Holz ist nicht notwendig. Bei Buchführungspflicht sind ein Grundstücks- Anbau- und Ernteverzeichnis sowie auch ein Vieh- und Naturalienverzeichnis zu führen. Wenn Dienstnehmer beschäftigt sind, auch ein Lohnkonto. Bei der doppelten Buchführung besteht die Möglichkeit eines Verlustausgleiches, für nicht entnommene Gewinne bis 100.000 € gilt der Hälftesteuersatz.

### **6.3. Gewinnermittlung durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung**

Die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung wird auch als Überschussrechnung bezeichnet. Sie ist zulässig, wenn keine Buchführungspflicht besteht. Gewinnwirksam wird bei der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung grundsätzlich der Geldzufluss oder der Geldabfluss aus der Kassa oder der Bank. Forderungen, Verbindlichkeiten, Wareneinkauf und Warenverkauf verhalten sich bis zur Bezahlung, der Verfügungsmacht über den Geldbetrag, gewinnneutral.

Diese vereinfachte Form der Erfolgsrechnung führt auf die Lebenszeit eines Unternehmens betrachtet, zum selben Gesamtergebnis, wie die Gewinnermittlung durch doppelte Buchführung. Die Gewinnverschiebung zwischen den einzelnen Perioden führt jedoch zu einer unterschiedlichen Steuerlast.

---

<sup>33</sup>Jilch , Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte,3.Auflage, Wien-Graz 2007, S.276.

<sup>34</sup> Wie beim Betriebsvermögensvergleich sind Ausgaben für die Anschaffung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens (deren Nutzungsdauer sich auf mehr als ein Jahr erstreckt) auf ihre Nutzungsdauer abzuschreiben und über die Absetzung für Abnutzung als Betriebsausgabe anzusetzen. Voraussetzung dafür ist die Führung eines Anlagenverzeichnisses. <sup>35</sup>Ein Wareneingangsbuch muss laut § 127 Abs. 1 BAO bei bäuerlichen Betrieben nicht geführt werden. Ein Verlustausgleich mit anderen Einkünften des Steuerpflichtigen ist im selben Kalenderjahr möglich. <sup>36</sup>Seit 2007 können laut § 18 Abs. 7 EStG die Verluste der jeweils vorangegangenen drei Wirtschaftsjahre angewendet werden. Noch offene Anlaufverluste bleiben unbegrenzt vortragsfähig. Anlaufverluste entstehen in den ersten drei Veranlagungszeiträumen ab Eröffnung eines Betriebes.

#### **6.4. Gewinnermittlung durch Vollpauschalierung**

<sup>37</sup>Die Pauschalierung für die Land- und Forstwirtschaft ist in der Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinnes aus Land- und Forstwirtschaft vom August 2005 geregelt. Bei der Vollpauschalierung erfolgt eine Gewinnermittlung ohne Aufzeichnung der Einnahmen, die Verordnung gilt derzeit vom Jahr 2006 bis 2010. Bis zu einem Einheitswert von 65.500 € (und unter 400.000 € Umsatz) wird der Gewinn pauschal vom Einheitswert ermittelt. Im Einheitswert ausgewiesene Abschläge oder Zuschläge wie überdurchschnittliche Tierhaltung sind zu berücksichtigen. Jedem Landwirt steht es frei die Pauschalierung zu beanspruchen oder darauf zu verzichten. Alternativ können freiwillig Bücher geführt werden. Bei der Vollpauschalierung ist der Gewinnermittlungszeitraum immer gleich dem Kalenderjahr. Wird die Einheitswertgrenze unter Berücksichtigung von Ver- und Zupachtungen mit Stichtag 31. Dezember überschritten, so ist ab dem folgenden Jahr die Gewinnermittlung nach der Teilpauschalierung vorzunehmen.

---

<sup>34</sup>Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze EStG, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, S 50.

<sup>35</sup>Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze BAO, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, S 857.

<sup>36</sup>Kodex des österreichischen Rechts, Steuergesetze BAO, 47 Auflage, Stand 1.02.2010, S 70.

<sup>37</sup>Jilch, Martin : Die 100 wichtigsten Steuerfragen von Land- und Forstwirten, Selbstverlag 2005, S. 25.

#### 6.4.1. Berechnung des Grundbetrages für die allgemeine Landwirtschaft und Forstwirtschaft

<sup>38</sup>Bei der Vollpauschalierung sind die tatsächlichen Betriebsausgaben und Betriebseinnahmen nicht von Bedeutung. Ausgangspunkt ist der Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, von diesem Einheitswert werden einheitlich 39 Prozent als Gewinn-Grundbetrag angesetzt. Ab 2006 gilt auch für Forstflächen mit einem Einheitswert bis 11.000 € derselbe Durchschnittssatz.

*Beispiel : Teileinheitswert der landwirtschaftlichen Fläche beträgt 35.000 €*

*Teileinheitswert der forstwirtschaftlichen Fläche beträgt 1.500 €*

*Teileinheitswert der Imkerei beträgt 500 €*

*Der Gewinngrundbetrag beträgt  $37.000 \text{ €} \times 39 \% = 14.430 \text{ €}$*

<sup>39</sup>Dieser errechnete Betrag ist noch um die bezahlten Pachtzinse, die gezahlten Sozialversicherungsbeiträge, Schuldzinsen, Ausgedingelasten und außergewöhnliche Schadensfälle zu kürzen, aber nur soweit sich kein Verlust ergibt. Sozialversicherungsbeiträge sind nur absetzbar, wenn sie an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern gezahlt werden, zusätzlich kann zu diesem Absetzposten ein Grundsteuermessbetrag (ersichtlich am Einheitswertbescheid) in der Höhe von 325 Prozent als Ausgabe angesetzt werden. Seit der neuen Pauschalierungsverordnung sind die Sozialversicherungsbeiträge für fremde Dienstnehmer nicht mehr abzuschreiben. Schuldzinsen sind ohne Rückzahlungsbeträge und Bankspesen absetzbar, natürlich muss es sich um betrieblich veranlasste Zinsen handeln. Zinsenzuschüsse der öffentlichen Hand, etwa bei AIK Finanzierungen sind abzuziehen. Unter Pachtzinsen werden alle Zahlungen erfasst, die für zugepachtete Flächen bezahlt wurden. Ausgedingelasten können mit einem pauschalen Betrag von 700 € pro Person geltend gemacht werden. Ein Ausgedinge ist zivilrechtlich eine auf einem Grundstück ruhende dingliche Verpflichtung zu Natural-,Geld- oder Arbeitsleistung zum Zweck des Unterhalts des früheren Eigentümers.

---

<sup>38</sup> Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.289.

<sup>39</sup> Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.332-335.

Die festgestellten Gewinnbeträge sind bei außergewöhnlichen Ernteschäden wie Dürre, Hochwasser, Hagelschlag, Viehverlusten usw. um die festgestellte ertragsmindernde Summe zu kürzen. Ein außergewöhnlicher Schaden gilt nur dann als solcher, wenn mehr als 25 Prozent Ertragsausfall als im Durchschnitt der Jahre erzielten Normalerträge vorliegt. Weiteres darf im Einheitswert keine Berücksichtigung für Abschlüsse wegen geringer Niederschläge, Hagelhäufigkeit, Hochwassergefährdung usw. gefunden werden, Versicherungsvergütungen mindern den Schaden. Allfällige Schäden sind dem Finanzamt binnen einer Frist von drei Wochen zu melden. Besondere Einkünfte, wie Nebentätigkeiten, Be- und Verarbeitung, Mostbuschenschank, Privatzimmervermietung, Milchquotenverkauf, Waldverkauf, Jagdpacht, Dienstbarkeitsentschädigungen kommen hinzu weil mit der Vollpauschalierung nur die gewöhnlichen und regelmäßigen Wirtschaftsvorgänge abgegolten sind.

#### **6.4.2. Die Berechnung des Gewinnes aus Forstwirtschaft**

Bei einem Forsteinheitswert bis 11.000 € ist eine vollpauschalierte Gewinnermittlung möglich. Der Gewinn errechnet sich mit 39 Prozent des Einheitswertes. Beträgt der Einheitswert der Forstfläche mehr als 11.000 €, dann ist der Forstgewinn durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zu ermitteln, jedoch können pauschale Betriebsausgaben abgesetzt werden.

<sup>40</sup>Die pauschalen Betriebsausgaben betragen bei Selbstschlängerung:

- *70 % der Betriebseinnahmen bei einer Minderungszahl von 1 bis 61 oder einer Wertziffer von 11 bis 20*
- *60 % der Betriebseinnahmen bei einer Minderungszahl von 62 bis 68 oder einer Wertziffer von 6 bis 10*
- *50 % der Betriebsausgaben bei einer Minderungszahl von 69 bis 100 und einer Wertziffer von 0 bis 5.*

*Bei Holzverkäufen am Stock betragen die Betriebsausgaben:*

- *30 % bei einer Minderungszahl von 1 bis 63 oder einer Wertziffer von 10 bis 20*
- *20% bei einer Minderungszahl von 64 bis 100 und einer Wertziffer von 0 bis 9*

---

<sup>40</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.305.

Betriebsausgaben sind immer mit Bruttowerten anzusetzen. Zu den Betriebseinnahmen zählen die Erlöse aus Holzverkauf, die Erlöse aus der Eigenjagd hier insbesondere aus Wildbretverkäufen. Abschussgelder und Jagdpachteinkünfte sind gesondert steuerpflichtig. Der Verkauf von Waldgrundstücken deckt stille Reserven auf, die nicht von der Pauschalierung erfasst werden. Der Gewinn aus der Veräußerung wird daher mit 35 Prozent des gesamten Verkaufserlöses angesetzt sofern der Erlös 220.000 € nicht überschreitet. Anstelle des Pauschalsatzes kann auch der tatsächliche Wert des stehenden Holzes durch ein Guthaben nachgewiesen werden.

#### **6.4.3. Die Berechnung des Gewinnes bei Alpen**

Liegt ein Almeinheitswert vor, ist dieser vor Anwendung des Durchschnittssatzes (39 Prozent wie in der Landwirtschaft) um 30 Prozent zu kürzen.

#### **6.4.4. Die Berechnung des Gewinnes aus Weinbau bis 60 ar**

Für Weinbaubetriebe, deren Fläche 60 ar nicht übersteigt wird der Gewinn gemeinsam mit der landwirtschaftlichen genutzten Fläche (39 Prozent) ermittelt. Einnahmen, die im Buschenschank oder bei Bouteillenweinverkauf erzielt werden, sind aber auch bei Weingartenflächen unter 60 ar aufzuzeichnen. Von diesen Einnahmen sind 70 Prozent Betriebsausgaben, als Betriebsausgabe kann aber alternativ 4.400 € pro Hektar Weinbaufläche abgezogen werden.

#### **6.4.5. Die Berechnung des Gewinnes aus Weinbau über 60 ar**

Weinbaubetriebe die mehr als 60 ar Weingartenfläche bewirtschaften haben ihren Gewinn unter Zugrundelegung ihrer Einnahmen zu ermitteln. Zu den Einnahmen zählen auch Hagelversicherungsentschädigungen, Stilllegungsprämien oder EU-Ausgleichszahlungen. Von diesen dürfen pauschale Betriebsausgaben in der Höhe von 70 Prozent oder 4.400 € pro Hektar Weinbaulich genutzter Fläche abgezogen werden. Die jeweils günstigere Variante kann in Anspruch genommen werden.

#### <sup>41</sup>6.4.6. Die Berechnung des Gewinnes aus Gartenbau

Bei Gartenbaubetrieben mit einem Einheitswert bis 65.500 € gibt es in Abhängigkeit ihrer Vermarktungsformen zwei Gewinnpauschalierungsmethoden, einerseits die Vollpauschalierung und die einnahmenabhängige Pauschalierung.

##### 6.4.6.1. Vollpauschalierung für Wiederverkaufsbetriebe

Werden eigene gärtnerische Erzeugnisse ausschließlich an Wiederverkäufer geliefert, so kann der Gewinn vollpauschaliert, mittels flächenabhängiger Durchschnittssätze ermittelt werden. Wenn die Einnahmen aus anderen Lieferungen z.B. Letztverbrauchergeschäfte und aus Leistungen z.B. Friedhofsarbeiten, Gartengestaltungsarbeiten usw. nicht mehr als 1.500 € (inklusive Umsatzsteuer) jährlich betragen, ist diese Voraussetzung erfüllt. Als Wiederverkäufer kann man Betriebe bezeichnen, die gewerbsmäßig die ihnen gelieferten Erzeugnisse unverändert oder bearbeitet weiterverkaufen. Die Durchschnittssätze betragen:

1. Für den Anbau von Gemüse je m <sup>2</sup> der	Euro
a) Freilandfläche	
aa) einkulturig.....	0,24
bb) mehrkulturig.....	0,42
b) überdachten Kulturflächen	
aa) bei Plastikfolientunnel	
bis 3,5 m Basisbreite.....	0,42
über 3,5 m Basisbreite.....	0,84
bb) bei Niederglas (Mistbeete, Erdhäuser).....	0,84
cc) bei nicht stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	0,96
heizbar.....	1,2
dd) bei stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	1,08
heizbar.....	1,32
2. für den Anbau von Blumen und Stauden je m <sup>2</sup> der	Euro
a) Freilandfläche	
aa) einkulturig.....	0,3
bb) mehrkulturig.....	0,48
b) überdachten Kulturflächen	
aa) bei Plastikfolientunnel	
bis 3,5 m Basisbreite.....	0,48
über 3,5 m Basisbreite.....	1,08
bb) bei Niederglas (Mistbeete, Erdhäuser).....	1,08
cc) bei nicht stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	1,2
heizbar.....	1,8
dd) bei stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	1,5
heizbar.....	2,7
3. für Baumschulen je m <sup>2</sup> der	Euro
a) Fläche zur Heranzucht von Obstgehölzen und Beerensträuchern.....	0,48
b) Fläche zur Heranzucht von Ziergehölzen.....	0,6

Abbildung 4: Durchschnittssätze für Gärtnereien Pausch-VO §5 Abs. 4

<sup>41</sup> <http://www.ris.bka.gv.at>, 13.Juni 2010 ,9:37 Uhr

#### **6.4.6.2. Ausgabenpauschalierung für Endverkaufsbetriebe**

Nicht buchführungspflichtige Gärtner haben ihren Gewinn durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zu ermitteln, es dürfen aber die Betriebsausgaben mit einem Durchschnittssatz von 70 Prozent angesetzt werden. Es sind dazu noch Betriebsausgaben wie die gesamten Lohnkosten und Lohnnebenkosten abzugsfähig.

#### **<sup>42</sup>6.4.7. Gewinnermittlung bei land- und forstwirtschaftlichen Nebentätigkeiten**

Werden Einkünfte aus Nebentätigkeiten erzielt sind diese durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zu ermitteln. Bei Einnahmen im Rahmen der bäuerlichen Nachbarschaftshilfe können im Zuge der Pauschalierung die ÖKL- Maschinenselbstkosten als Betriebsausgaben abgezogen werden. Das heißt, übersteigen die erzielten Einnahmen nicht die ÖKL- Maschinenselbstkosten ist keine Einkommensteuer zu entrichten. Sind die Einnahmen höher, ist nur der übersteigende Betrag als Gewinn anzusetzen und allenfalls auf die 24.200 € Grenze anzurechnen. Werden Dienstleistungen für Nichtlandwirte erbracht, dann dürfen 50 Prozent der Einnahmen als Betriebsausgabe angesetzt werden, sofern das Entgelt für die Bereitstellung von Fahrzeugen, Maschinen oder Geräten das Entgelt für Dienstleistungen ist. Von den Einnahmen aus Privatzimmervermietung bis zu zehn Betten können pauschal 50 Prozent der Einnahmen als Betriebsausgabe abgezogen werden.<sup>43</sup> Neu ab dem Jahr 2010 ist, dass für vermietete Zimmer ohne Frühstücksbereitstellung nur 30 Prozent der Betriebseinnahmen als Ausgabe gewertet werden kann. Werden mehr als 10 Betten vermietet, liegt jedenfalls eine gewerbliche Vermietung vor.

#### **6.4.8. Gewinnermittlung bei land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben**

<sup>44</sup>Die Einnahmen aus der Be- und Verarbeitung von eigenen Urprodukten bis 24.200 € pro Jahr sind gesondert steuerpflichtig. Von den Einnahmen können 70 Prozent als Pauschale abgezogen werden, so dass 30 Prozent als Gewinn überbleibt.

---

<sup>42</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S. 318 ff.

<sup>43</sup>Hackl; Gabriele, Hackl; Günther, Mäder-Jaksch; Waltraud, Wobisch; Eberhard, Wobisch; Hanno, Arbeitsbuch Oberlaa 2010, ÖGWT, Seite 42.

<sup>44</sup>Jilch, Martin : Die 100 wichtigsten Steuerfragen von Land- und Forstwirten, Selbstverlag 2005, S. 39.



Welche Produkte zu den Urprodukten zählen und welche als be- bzw. verarbeitet gelten ist mit der VO BGBl II 410/2008 neu geregelt worden und stellt sich wie folgt dar:

- Fische und Fleisch von sämtlichen landwirtschaftlichen Nutztieren und von Wild (auch gerupft, abgezogen,
1. geschuppt, im Ganzen, halbiert, bei Rindern auch gefünftelt); den Schlachttierkörpern können auch die zum menschlichen Genuss nicht verwendbaren Teile entfernt werden;
- Milch (roh oder pasteurisiert), Sauerrahm, Schlagobers, Sauermilch, Buttermilch, Jogurt, Kefir, Topfen, Butter
2. (Alm-, Landbutter), Molke, alle diese ohne geschmacksverändernde Zusätze, sowie typische bäuerliche, althergebrachte Käsesorten, wie zB Almkäse/Bergkäse, Zieger/Schotten, Graukäse, Kochkäse, Rässkäse, Hobelkäse, Schaf- oder Ziegen(misch)frischkäse (auch eingelegt in Öl und/oder gewürzt), Bierkäse;
3. Getreide; Stroh, Streu (roh, gehäckselt, gemahlen, gepresst), Silage;
- Obst (Tafel- und Pressobst), Dörrobst, Beeren, Gemüse und Erdäpfel (auch gewaschen, geschält, zerteilt oder getrocknet), gekochte Rohnen (rote Rüben), Edelkastanien, Mohn, Nüsse, Kerne, Pilze einschließlich Zuchtpilze,
4. Sauerkraut, Suppengrün, Tee- und Gewürzkräuter (auch getrocknet), Schnittblumen und Blütenblätter (auch getrocknet), Jungpflanzen, Obst- und Ziersträucher, Topfpflanzen, Zierpflanzen, Gräser, Moose, Flechten, Reisig, Wurzeln, Zapfen;
- Obstwein (insbesondere Most aus Äpfeln und/oder Birnen), Obststurm, Süßmost, direkt gepresster Gemüse-,
5. Obst- und Beerensaft sowie Nektar und Sirup (frisch oder pasteurisiert), Wein, Traubenmost, Sturm, Beerenwein, Met, Holunderblütensirup;
- Rundholz, Brennholz, Hackschnitzel, Rinde, Christbäume, Forstpflanzen, Forstgewächse, Reisig, Schmuckreisig,
6. Holzspäne, Schindeln, Holzkohle, Pech, Harz; weiters rohe Bretter und Balken sowie gefrästes Rundholz, sofern das Rohmaterial zumindest zu 65% aus der eigenen Produktion (dem eigenen Wald) stammt;
- Eier, Federn, Haare, Hörner, Geweihe, Zähne, Klauen, Krallen, Talg, Honig, Cremehonig, Propolis, Gelee Royal, Blütenpollen, Wachs, Komposterde, Humus, Naturdünger, Mist, Gülle, Rasenziegel, Heu (auch gepresst), Angora- oder Schafwolle (auch gesponnen), Speiseöle (insbesondere aus Sonnenblumen, Kürbis oder Raps), wenn diese
7. bei befugten Gewerbetreibenden gepresst wurden, Samen (tierischen oder pflanzlichen Ursprungs) sowie im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft anfallende Ausgangsprodukte für Medizin, Kosmetik, Farben und dergleichen.

Abbildung 5: Urproduktkatalog VO BGBl II 410/2008

Übersteigen die Bruttoeinnahmen der be- und verarbeiteten Produkte 24.200 € pro Jahr wird steuerlich ein Gewerbebetrieb unterstellt. Eine wirtschaftliche Unterordnung und damit eine steuerliche Zurechnung zur Land- und Forstwirtschaft wird nur angenommen, wenn die gemeinsamen Einnahmen aus Nebentätigkeiten sowie aus der Be- und Verarbeitung jährlich

unter 24.200 € liegen. Außerdem muss eine land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundfläche von mindestens 5 ha oder eine Weinbaulich oder gärtnerisch genutzte Grundfläche von mindestens 1 ha vorliegen. Bei der Ermittlung der 24.200 € Grenze sind Einnahmen aus Buschenschank, Privatzimmervermietung und Dienstleistungen bzw. Gerätevermietung aus der bäuerlichen Nachbarschaftshilfe soweit sie auf Maschinenselbstkosten beruhen, nicht zu berücksichtigen.

#### **6.4.9. Sonstige gesondert anzuführende Einkünfte**

<sup>45</sup>Der Verkauf eines Milch- oder Zuckerrübenkontingentes ist als außergewöhnlicher Wirtschaftsvorgang zu bewerten. Daher ist der Gewinn nicht mit der Pauschalierung abgegolten und muss extra in die Einkommensteuererklärung aufgenommen werden. Vom Veräußerungserlös können die Zukaufskosten abgezogen werden, fehlen die Belege über die Anschaffungskosten, können pauschal 0,415 € pro kg abgezogen werden.

<sup>46</sup>Ausgleichszahlungen die von der EU ausgezahlt werden sind durch die Vollpauschalierung abgegolten, weil es sich dabei um einen Ausgleich für Preiseinbußen und Umweltleistungen der Bauern handelt. <sup>47</sup>Rodungsprämien für die dauerhafte Aufgabe von Rebflächen oder den dauerhaften Verzicht auf Auspflanzungsrechte sind nicht im regelmäßigen Betriebsablauf und daher gesondert steuerpflichtig. Von diesen Prämien können pauschal 70 Prozent oder 4.400 € pro ha abgezogen werden. Investitionsförderungen und die Vergütung der Mineralölsteuer sowie Zahlungsansprüche sind nicht gesondert steuerpflichtig.

Um die bisher genannten Vorgänge besser zu veranschaulichen, findet sich im Anschluss an die Erläuterungen der Vollpauschalierungsgrundsätze ein Berechnungsblatt für die Ermittlung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft.

---

<sup>45</sup>Kodex des österreichischen Rechts, Steuererlässe EStG, 25. Auflage, Stand 1.03.2009, RZ 4180 S 530.

<sup>46</sup>Kodex des österreichischen Rechts, Steuererlässe EStG, 25. Auflage, Stand 1.03.2009, RZ 5011 S 623.

<sup>47</sup>Kodex des österreichischen Rechts, Steuererlässe EStG, 25. Auflage, Stand 1.03.2009, RZ 4160 S 524.

<b>Berechnung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft – Vollpauschalierung 2006</b>	
<b>Landwirtschaftlicher Einheitswert</b> (Eigen- und Pachtgründe)	
€ ..... davon 39 %	€ .....
<b>Forstwirtschaftlicher Einheitswert</b>	
€ ..... davon 39 %	€ .....
oder Einnahmen-Ausgaben-Rechnung	€ .....
<b>Einkünfte aus Nebenerwerb und Be- und Verarbeitung</b>	€ .....
<b>Einkünfte aus Privatzimmervermietung</b>	€ .....
<b>Einkünfte aus Mostbuschenschank</b>	€ .....
<b>vereinnahmter Pachtzins</b>	€ .....
<b>sonstige gesondert anzuführende Einkünfte</b>	€ .....
<b><u>Summe 1</u></b>	<b><u>€ .....</u></b>
abzüglich:	
<b>bezahlter Pachtzins</b>	€ .....
<b>bezahlte betriebliche Schuldzinsen</b>	€ .....
<b>Ausgedingelasten</b>	
* Freie Station, Pauschale € 700,- pro Person oder	€ .....
* tatsächl. Kosten	€ .....
<b>Sozialversicherungsbeiträge inkl. 325 % vom Grundsteuermessbetrag</b>	€ .....
<b>Absetzung für außergewöhnliche Ernte- verluste und Viehverluste</b>	€ .....
<b><u>Summe 2</u></b>	<b><u>€ .....</u></b>
Summe 1 abzüglich Summe 2 ergibt	
<b>Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft</b>	<b><u>€ .....</u></b>

Abbildung 5 : Berechnungsblatt zur Ermittlung der Einkünfte durch Vollpauschalierung

## 6.5. Gewinnermittlung durch Teilpauschalierung

<sup>45</sup>Für nichtbuchführungspflichtige Land- und Forstwirte mit einem Einheitswert von über 65.000 € besteht die Möglichkeit ihren Gewinn durch die Teilpauschalierung zu ermitteln. Die Teilpauschalierung ist ihrem Wesen nach eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung mit pauschalen Betriebsausgaben. Die tatsächlichen Betriebseinnahmen sind inklusive Umsatzsteuer laufend aufzuzeichnen, die Betriebsausgaben werden mit 70 Prozent als Pauschale abgezogen. Hinsichtlich der Betriebseinnahmen und deren Aufzeichnungen gelten grundsätzlich dieselben Bestimmungen wie für die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung. Die Aufzeichnungspflichten bestehen jedoch von Gesetzes wegen, ohne dass vorher eine Verständigung des Finanzamts erfolgen muss. Betriebseinnahmen sind nach dem Zuflussprinzip zu werten, sobald der Landwirt die Verfügungsmacht über den Geldbetrag hat, gilt dieser als Betriebseinnahme. Zu den Betriebseinnahmen zählen alle betrieblich veranlassten Erlöse also grundsätzlich alle Einnahmen aus der pflanzlichen und tierischen Produktion, aber auch Ausgleichszahlungen der EU und Hagelversicherungsprämien. Wie schon oben erwähnt können 70 Prozent der Betriebseinnahmen als Ausgaben geltend gemacht werden und zusätzlich analog zur Vollpauschalierung auch noch Pachtzinse, Sozialversicherungsbeiträge zuzüglich 325 Prozent des Grundsteuermessbetrages sowie Schuldzinsen und Ausgedingelasten. Ausschlaggebend für die Art der Gewinnermittlung ist immer der Einheitswert des gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, für dessen Ermittlung ist der Hektarsatz der eigenen Flächen zu verwenden. In Ermangelung eines solchen kann auch der Hektarsatz des Verpächters genommen werden. Ab 2006 gilt die zweijährige Übergangsfrist bei Überschreiten der Einheitswertgrenzen nicht mehr. Wird die 65.500 € bzw. bei Forstwirten die 11.000 € am Stichtag 31.12. überschritten ist ab dem Folgejahr die Teilpauschalierung anzuwenden und somit sind auch alle Betriebseinnahmen aufzuzeichnen. Für Land- und Forstwirte, die sich im Bereich der Buchführungsgrenzen von 150.000 € Einheitswert oder 400.000 € Umsatz bewegen, gelten die im § 125 BAO geregelten Übergangsgrenzen.

---

<sup>45</sup>Jilch, Martin : Die 100 wichtigsten Steuerfragen von Land- und Forstwirten, Selbstverlag 2005, S. 27.

<sup>46</sup>Schwarz ; Georg; Das bäuerliche Beitragswesen, 1031 Wien, 2006 , S 14ff.

### 6.5.1. Sozialversicherungsoption

<sup>46</sup>Auch Land- und Forstwirtschaftsbetriebe unter 65.500 € EW können nur dann die Gewinnermittlung der Teilpauschalierung in Anspruch nehmen, wenn sie laut § 23 Abs. 1a BSVG die sozialversicherungsrechtliche Option anwenden. Diese Option ermöglicht die Ermittlung der Beitragsgrundlage in Abhängigkeit vom Einkommensteuerbescheid. Bei einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder einer Buchführung oder bei Einheitswerten über 65.500 € besteht hingegen keine zwingende Verknüpfung zwischen Gewinnermittlung und Sozialversicherung. Anträge an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Option können bis 31. März des Folgejahres gestellt werden. Die Beiträge machen dann bei Vollversicherung ca. ein Viertel vom einkommensteuerlichen Gewinn aus. Wird kein Gewinn erzielt, dann wird ein Mindestbeitrag eingehoben, ein Widerruf der Option ist allerdings nur bei Änderung der Betriebsführung möglich.

*Vorteile der Sozialversicherungsoption :*

- *Beitragsersparnis bei geringeren Einkünften*
- *Teilpauschalierung auch bei EHW unter 65.500 € möglich*
- *die ersparten Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge bewirken keine Leistungsverkürzung*
- *ein Einstieg ist jährlich möglich*
- *die verlangten Aufzeichnungen dienen auch dem Betriebsüberblick*
- *die Reduktion der Beiträge führt bei älteren Landwirten kaum zu einer geringen Pension, weil sie bei der Durchrechnung die besten Jahre bereits erworben haben*

*Nachteile der Sozialversicherungsoption :*

- *Erhöhung der Steuerbelastung durch Einkommenserhöhung*
- *eventuell geringere Pensionsleistung*
- *keine Vollpauschalierung zulässig*
- *Widerruf der Option nur durch Änderung der Betriebsführung möglich*
- *höhere Mindestbeitragsgrundlagen*

### 6.5.2. Gewinnermittlung für Forstwirtschaft

Unabhängig von der Höhe des Einheitswertes kann der Gewinn aus Forstwirtschaft wie für Betriebe bis 65.000 € Einheitswert mit einem Forsteinheitswert über 11.000 € ermittelt werden. Der Besteuerung von Waldverkäufen gelten analog die Bestimmungen zur Vollpauschalierung.

---

<sup>46</sup><http://www.svb.at/portal27/portal/svbportal/channel,13.Juni,12:43>

### **6.5.3. Gewinnermittlung für Weinbau**

Von der Summe der Betriebseinnahmen im Weinbau kann man entweder 70 Prozent als Betriebsausgabe abziehen oder 4.400 € pro ha Weinbaufläche.

### **6.5.4. Gewinnermittlung für Gartenbau**

Die Betriebseinnahmen sind aufzuzeichnen, davon sind 70 Prozent als Betriebsausgaben absetzbar und zusätzlich die bezahlten Löhne und Lohnnebenkosten. Die Heranziehung von flächenabhängigen Durchschnittssätzen (Quadratmetersätze) ist im Rahmen der Teilpauschalierung nicht zulässig.

## **6.6. Kommentar zur Voll und Teilpauschalierung**

Hauptargument für jede Pauschalierung ist die Vereinfachung. Bei der Vollpauschalierung bestehen keine besonderen Aufzeichnungspflichten für die Gewinnermittlung, da der Einheitswert der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen vom Finanzamt bekanntgegeben wird. Bei der Teilpauschalierung besteht die Vereinfachung darin, dass nur die Einnahmen aufgezeichnet werden müssen. Ein großer Vorteil dieser Gewinnermittlung ist, dass der Gewinn und die zu entrichtende Steuer einfach und schon im Voraus ziemlich genau berechnet werden kann. In der Regel sind hier Betriebsprüfungen nicht notwendig. Die Vollpauschalierung ist dann von Vorteil, wenn der Land- und Forstwirt wesentlich mehr erwirtschaftet, als der Gewinn nach einheitswertmäßigen Durchschnittssätzen beträgt. Hier kann der fleißige, wirtschaftlich begabte Bauer seine Fähigkeiten positiv ausnützen um die Steuerlast zu senken. Andererseits ist die Pauschalierung nachteilig, wenn sich weit weniger Gewinn erwirtschaften lässt, als durch den Einheitswert festgelegt wird.

Von der Pauschalierung profitiert aber nicht nur der Steuerpflichtige, sondern auch die Finanzverwaltung. Durch die Vereinfachung der Gewinnermittlung fallen weniger Verwaltungskosten an.

Die Höhe der Einheitswerte ist jedenfalls zu bemängeln, da sie meist weit vom Verkehrswert des jeweiligen Grundstückes abweichen.

## Berechnung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft – Teilpauschalierung 2006

(EW mehr als € 65.500,- bzw. SV-Beitragsgrundlagenoption)

<b>Einnahmen Landwirtschaft</b>	
- 70 % pauschale Ausgaben	€ .....
<b>Einnahmen Forstwirtschaft</b>	
- .... % pauschale Ausgaben	€ .....
<b>Einkünfte aus Nebenerwerb und Be- und Verarbeitung</b>	€ .....
<b>Einkünfte aus Privatzimmervermietung</b>	€ .....
<b>Einkünfte aus Mostbuschenschank</b>	€ .....
<b>vereinnahmter Pachtzins</b>	€ .....
<b>sonstige gesondert anzuführende Einkünfte</b>	€ .....
<b><u>Summe 1</u></b>	<b><u>€ .....</u></b>
abzüglich:	
<b>bezahlter Pachtzins</b>	€ .....
<b>bezahlte betriebliche Schuldzinsen</b>	€ .....
<b>Ausgedingelasten</b>	
* Freie Station, Pauschale € 700,- pro Person oder	€ .....
* tatsächl. Kosten	€ .....
<b>Sozialversicherungsbeiträge inkl. 325 % vom Grundsteuermessbetrag</b>	<b><u>€ .....</u></b>
<b><u>Summe 2</u></b>	<b><u>€ .....</u></b>
Summe 1 abzüglich Summe 2 ergibt	
<b>Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft</b>	<b><u>€ .....</u></b>

Abbildung 6: Berechnungsblatt zur Ermittlung der Einkünfte aus Teilpauschalierung

### **6.7. Welche Gewinnermittlung ist am günstigsten?**

Im vorigen Kapitel wurden die vier Möglichkeiten der Gewinnermittlung für Land- und Forstwirte erläutert. Welche dieser Möglichkeiten die günstigste ist, lässt sich generell nicht beantworten. Alle Betriebe wirtschaften nicht gleich, es gibt betriebsmittelintensive Landwirtschaften und solche die fast ohne fremde Betriebsmittel auskommen. Natürlich gibt es auch große Differenzen zwischen den unterschiedlichen Produkten, die erzeugt werden. So wird ein Weinbaubetrieb mit Weinproduktion und Verkauf in Flaschen mehr Betriebsmittel und somit mehr Betriebsausgaben haben als ein reiner Ackerbaubetrieb. Hier wäre zu überlegen ob der Weinbauer nicht mit einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung mit weniger Steuerbelastung zu rechnen hätte als in der Pauschalierung wo 70 Prozent als Betriebsausgaben gerechnet werden. Ein wirklicher Vergleich ist nur über ein Rechenbeispiel und Berücksichtigung der Mehraufwendungen wie Aufzeichnungspflicht oder Steuerberatungskosten, der Betriebszweige, der Fruchtfolge, der Intensität der Betriebsführung, der Investitionen usw. möglich.



## **7. Umsatzsteuer**

<sup>47</sup>Der Umsatzsteuer unterliegen laut § 1 Abs. 1 UStG Lieferungen und sonstige Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt. Weiters der Eigenverbrauch, sowie die Einfuhr von Gegenständen aus dem Drittland und der innergemeinschaftliche Erwerb im Inland. Unternehmer ist, wer eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbständig ausübt. Gewerblich oder beruflich ist jede nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen laut § 2 Abs.1 UStG. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist nicht erforderlich. Eine Tätigkeit ist somit nur dann als unternehmerische Tätigkeit anzusehen, wenn sie zur Erzielung von Einnahmen, sowie selbstständig und nachhaltig ausgeübt wird. Die Leistung kann entweder eine Lieferung oder sonstige Leistung sein. Die Unterscheidung ist vor allem für die Bestimmung des Leistungsortes maßgeblich, weil für Leistungen andere Bestimmungen gelten als für Lieferungen. Bei einer Lieferung wird der Unternehmer befähigt im eigenen Namen über einen Gegenstand zu verfügen. Eine Leistung ist demnach alles, was nicht unter Lieferung fällt. Eine Leistung kann ein positives Tun sein (z.B. Beratungstätigkeiten, Beförderungsleistung) oder ein Unterlassen (z.B. Verzicht auf Wettbewerb) oder das Dulden einer Handlung oder eines Zustandes (z.B. Vermietung oder Verpachtung, Vergabe von Lizenzen). Als Entgelt im Sinne der § 4 Abs. 1 UStG gilt alles, was der Empfänger für eine Lieferung oder Leistung aufwendet um in den Genuss einer solchen zu kommen. Dazu gehört auch was der Empfänger freiwillig aufwendet um die Lieferung oder Leistung zu erhalten wie z.B. Trinkgeld aber auch Rechtsgebühren und andere Kosten. Die Umsatzsteuer selbst gehört nicht zum Entgelt.

### **7.1. Besteuerung der Umsätze bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben**

<sup>48</sup>Für Land- und Forstwirte gilt laut § 22 UStG eine Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Es wurde ein Durchschnittssteuersatz für Umsätze im Rahmen eines nicht buchführungspflichtigen Land- und Forstwirtschaftsbetriebes eingeführt. Andere Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes sind nur anwendbar, soweit § 22 UStG auf sie verweist oder erkennbar deren Inhalt voraussetzt.

---

<sup>47</sup>Kodex, Steuergesetze 2010, 47. Auflage Stand 01.02.2010 , UStG S 361 ff.

<sup>48</sup>Kodex, Steuergesetze 2010, 47. Auflage Stand 01.02.2010 , UStG S 396.

Die Umsatzsteuer für die Lieferungen und Leistungen werden bei der Umsatzsteuerpauschalierung in gleicher Höhe festgesetzt wie die Vorsteuerbeträge. Dadurch entsteht für den nichtbuchführungspflichtigen Land- und Forstwirt weder eine Zahl- last noch ein Vorsteuerüberschuss. Die Ermittlung der Steuer und ihrer Berechnungsgrundlage sowie die Verpflichtung zur Führung von Aufzeichnungen und zur Abgabe von Voranmeldungen und Jahreserklärungen kann unterbleiben.

Voraussetzung für diese Pauschalierung sind:

- *es muss ein land-und forstwirtschaftlicher Betrieb vorliegen*
- *die Umsätze müssen im Rahmen dieses Betriebes ausgeführt werden*
  - *der Betrieb darf nicht buchführungspflichtig sein*
- *und der Unternehmer darf nicht zur Regelbesteuerung optiert haben.*

Die Umsatzsteuerpauschalierung erfasst die Umsatzbesteuerung bei inländischen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Nebenbetrieben und Nebentätigkeiten. Zu diesen Umsätzen gehören Lieferungen und sonstige Leistungen, der Eigenverbrauch, Hilfsgeschäfte, die Veräußerung und die Entnahme eines Betriebes. Ausnahmen gibt es bei bestimmten Getränkeumsätzen, bei der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und bei der Erwerbsbesteuerung. Zu den Umsätzen aus Lieferung zählen in erster Linie Erlöse aus dem Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Produkten. <sup>49</sup>Die Verpachtung von Eigenjagden ist keine land- und forstwirtschaftliche Dienstleistung, daher kommt die Umsatzsteuerpauschalierung nicht zur Anwendung, sondern die Normalbesteuerung von 20 Prozent. Bei Entschädigungen ist in Bezug auf die Umsatzsteuer Vorsicht geboten. Es ist bei jedem einzelnen Fall zu prüfen, ob ein Leistungsaustausch vorliegt und somit ein steuerbarer, unechter Schadenersatz oder ein nicht steuerbarer, echter Schadenersatz. Ersatzleistungen, die deshalb erbracht werden, weil ein Schaden verursacht wurde ist kein Entgelt für eine Leistung und somit ein echter Schadenersatz.

---

<sup>49</sup>Jilch , Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte,3.Auflage, Wien-Graz 2007, S.457.

Dieser unterliegt daher nicht der Umsatzsteuer. Unechter Schadenersatz liegt dann vor, wenn sich Land- und Forstwirte vertraglich verpflichten Eingriffe in ihre Betriebe zu dulden. Wie etwa das Einverständnis zur Duldung einer Grundinanspruchnahme. Hier liegt eine umsatzsteuerbare Leistung vor. Bei der Errichtung von Versorgungsleitungen für Strom, Wasser, Gas usw. werden meist Entschädigungen gezahlt. Damit das Versorgungsunternehmen jederzeit zu seinen Bauwerken Zutritt hat, werden hier Servitute eingeräumt. Neben dem Entgelt für die Einräumung werden auch noch Entschädigungen für Maststandorte, Flur- und Aufwuchsentschädigungen geleistet, die als sonstige umsatzsteuerbare Leistung gewertet wird. Bei der Übertragung von Zahlungsansprüchen fällt Umsatzsteuer an, weil es sich um keine grundstücksgleichen Rechte handelt.

## 7.2. Steuersätze in der Umsatzsteuer

<sup>50</sup>Der Normalsteuersatz laut § 10 UStG beträgt 20 Prozent. Es gibt zwei ermäßigte Steuersätze und zwar in der Höhe von 10 Prozent und 12 Prozent. Der ermäßigte Steuersatz von 10 % kommt für folgende Umsätze zur Anwendung:

- *die Lieferung, den Eigenverbrauch und die Einfuhr der in der Anlage zu § 10 Abs. 2 und 24 UStG von der Ziffer 1 bis Ziffer 43 aufgezählten Gegenstände das sind insbesondere*
- *Nahrungsmittel, Tiere, Pflanzen, Holz, Druckerzeugnisse.*
- *die Vermietung von Druckerzeugnissen*
- *Tierzucht*
- *die Vermietung von Grundstücken für Wohnzwecke, die Beherbergung in eingerichteten Wohn – und Schlafräumen und die regelmäßig damit verbundenen Nebenleistungen wie Beheizung, Frühstück wenn der Preis hierfür im Beherbergungsentgelt enthalten ist. Die Vermietung von Grundstücken für Campingzwecke und die Leistung von Wohnungseigentumsgemeinschaften*
- *die Umsätze aus der Tätigkeit als Künstler*
- *der Betrieb von Schwimmbädern und Thermalbehandlungen*
- *die Leistung von gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Einrichtungen , soweit diese nicht steuerbefreit sind*

---

<sup>50</sup> Steuergesetze 2010, 47. Auflage Stand 01.02.2010 , UStG S 378.

- *bestimmte kulturelle Leistungen, sofern nicht steuerbefreit*
- *Personenbeförderung mit Verkehrsmitteln, soweit sie nicht grenzüberschreitend sind*
- *die Müllbeseitigung und die Abfuhr von Spülwasser und Abfällen*
- *Leistungen von Jugendheimen*
- *Leistungen der Kranken- und Pflegeanstalten und noch einige andere Leistungen.*

Der ermäßigte Steuersatz von 12 Prozent findet Anwendung für die Lieferung und den Eigenverbrauch von Wein aus frischen Weintrauben, die innerhalb eines landwirtschaftlichen Betriebes im Inland erzeugt werden, soweit der Erzeuger diese Getränke im Rahmen seines bäuerlichen Betriebes liefert. Der Steuersatz von 12 Prozent gilt nicht für Getränke die aus erworbenen Stoffen wie Trauben, Maische, Most oder Sturm erzeugt wurden. Bei Ausschank von Getränken insbesondere im Buschenschank, gilt immer, auch bei Eigenbauweinen ein Umsatzsteuersatz von 20 Prozent. Hier ist ein Teil der Umsatzsteuer in der Höhe von 10 Prozent ans Finanzamt abzuführen, beim Verkauf an Unternehmer beträgt die Zahllast 8 Prozent. Für die Lieferung und den Eigenverbrauch von anderen alkoholischen Flüssigkeiten wie z.B. Branntwein, Likör, Sturm, Wein und Most aus Zukauf und nicht alkoholischen Getränken gilt generell eine Umsatzsteuer von 20 Prozent. Auch hier kann man 8 Prozent abführen, wenn an Wiederverkäufer fakturiert wird, für Letztverbraucher und Nichtunternehmern gilt 10 Prozent Steuerabfuhr. Bei Umsatzsteuerpflicht müssen auch pauschalierte Land- und Forstwirte die Getränkeumsätze aufzeichnen, sowie Umsatzsteuervoranmeldungen und Umsatzsteuererklärungen beim Finanzamt einreichen.<sup>51</sup> Die Steuerschuld entsteht bei der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten, die sogenannte Ist-Besteuerung, mit Ablauf des Monats, in dem das Geld zugeflossen ist. Solange der Unternehmer für seine Leistung kein Entgelt erhalten hat, ist auch keine Umsatzsteuer zu entrichten. Der Vorsteuerabzug steht aber auch bei der Ist-Besteuerung schon dann zu, wenn die Leistung erbracht wurde und die Rechnung ordnungsgemäß ausgestellt wurde. Auf Antrag können Land- und Forstwirte aber auch einen Antrag auf Soll-Besteuerung stellen. Dann entsteht die Steuerschuld mit Ablauf des Monats, in dem die Lieferung oder sonstige Leistung erbracht wurde.

---

<sup>51</sup> Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.497.

Der Unternehmer hat für jeden Monat bis zum 15. Tag des zweitfolgenden Monats nach dem Entstehen der Steuerschuld die Umsatzsteuer zu berechnen und dem Finanzamt eine Umsatzsteuervoranmeldung (Formular U30) zu übermitteln.

### **7.3. Rechnungslegung im bäuerlichen Betrieben**

<sup>52</sup>Ein pauschalierter Landwirt ist berechtigt und seit 2004 sogar verpflichtet, Rechnungen für alle Leistungen und Lieferungen zu legen und die Umsatzsteuer gesondert auszuweisen. Werden Leistungen und Lieferungen an andere Unternehmer fakturiert, ist ein Steuersatz von 12 Prozent zu verrechnen. Der Rechnungsempfänger ist nur dann zum Vorsteuerabzug berechtigt, wenn alle erforderlichen Rechnungsmerkmale des § 11 UStG eingehalten werden. Diese wären:

- *Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens*
- *Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers*
- *Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder Art und Umfang*
- *Tag der Lieferung oder sonstigen Leistung*
- *Entgelt*
- *Steuersatz und Steuerbetrag (bzw. Hinweis auf die Steuerbefreiung)*
- *Rechnungsausstellungsdatum*
- *fortlaufende Nummer zur Identifizierung der Rechnung*
- *UID Nummer des leistenden Unternehmers, bei pauschalierten Landwirten die nur auf Antrag eine UID Nummer erhalten, der Vermerk „ Durchschnittssteuersatz 12 Prozent“*
- *für Rechnungen mit Beträgen über 10.000 € auch die UID des Leistungsempfängers*

Pauschalierte Land- und Forstwirte erhalten grundsätzlich keine UID Nummer, wenn sie nur Umsätze mit 10 und 12 Prozent Umsatzsteuer gem. § 22 Abs. 1 UStG bewirken. Daher ist statt der UID Nummer bei Rechnungen oder Gutschriften für andere Unternehmer der Rechnungsvermerk „ Durchschnittssteuersatz 12 Prozent „ erforderlich.

---

<sup>52</sup>Zehetner, Heidemarie: UStG 1994, Wien 2005, S 47.

Wurde jedoch wegen Traubensaftverkäufen usw. oder innergemeinschaftlicher Lieferungen eine UID Nummer beantragt und vom Finanzamt auch vergeben, ist diese auch auf allen Rechnungen anzugeben.

Für Kleinbetragsrechnungen mit einem Gesamtbetrag von maximal 150 € (inklusive Umsatzsteuer) gibt es Vereinfachungen. Bei diesen Rechnungen müssen Abnehmer, UID und Rechnungsnummer nicht aufscheinen, der Umsatzsteuerbetrag muss nicht extra herausgerechnet werden. Der jeweilige Steuersatz ist jedoch in jedem Fall anzugeben.

#### <sup>53</sup>**7.4. Durchbrechung der Durchschnittsbesteuerung**

Die Bestimmung des § 22 UStG wird durch einige Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes 1994 durchbrochen, die auch für pauschalierte Land- und Forstwirte gelten. Diese wären:

- *die Befreiungsvorschriften des § 6 Abs. 1 Z 8 bis 26*
- *die Bestimmungen über die Rechnungsausstellung ( § 11 UStG)*
- *Vorsteuerberichtigungen (§ 12 Abs. 10 und 11 UStG)*
- *Berichtigung betreffend Zeiträume der Regelbesteuerung*

##### **7.4.1. Die Besteuerung von Grundstücken**

<sup>54</sup>Umsätze von Grundstücken sind laut § 6 Abs.1 Z 9 UStG steuerfrei. Für Unternehmer wurde jedoch die Möglichkeit der Option zur Steuerpflicht bei Veräußerung oder Entnahme geschaffen. Maßgeblich ist die steuerpflichtige Behandlung des Umsatzes in der Voranmeldung und der Umsatzsteuererklärung, nicht der offene Ausweis der Umsatzsteuer in der Rechnung. Auch eine Teiloption für einzelne Grundstücke ist zulässig. Pauschalierte Landwirte können auf die Umsatzsteuerbefreiung nur verzichten, wenn sie die Regelbesteuerung nach § 22 Abs. 5 UStG wählen.

##### **7.4.2. Vermietung und Verpachtung von Grundstücken**

Die Bestimmungen des § 6 Z 16 UStG gelten auch im Rahmen eines pauschalierten Betriebes. Somit ist die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, also von Grund und Boden,

---

<sup>53</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.461.

<sup>54</sup>Karel, Detlef, Abt, Richard, Handler, Edeltraud: Die Umsatzsteuer im Rechnungswesen, 2 Auflage Graz S 29.

Gebäudeteilen und fest verbundene Einrichtungen, von der Umsatzsteuer befreit. Von einer Vermietung und Verpachtung im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ist auszugehen, wenn es sich um eine erkennbare, vorübergehende Maßnahme handelt, in welcher gegen Entgelt eine Nutzung des Grundstückes vom Vermieter erlaubt wird.

<sup>55</sup>Folgende Vorgänge sind jedoch nicht steuerbereit:

- die Vermietung von Grundstücken für Wohnzwecke*
- die Vermietung und Verpachtung von Maschinen und sonstigen Vorrichtungen aller Art, so sie zur Betriebsanlage gehören. Auch wenn sie wesentliche Bestandteile eines Grundstückes sind wie z. B. Silos, Güllegruben, usw.*
- die Beherbergung in Wohn- und Schlafräumen, wie etwa die Privatzimmervermietung*
- die Nutzungsüberlassung von Räumlichkeiten oder Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen aller Art.*
- die Vermietung von Grundstücken für Campingzwecke*

<sup>55</sup>Ein Wahlrecht zum Umsatzsteuerausweis hinsichtlich des Pachtzinses und das Recht zum Vorsteuerabzug ist nur unter Anwendung der Option zur Regelbesteuerung möglich. Daher sollte in neu abzuschließenden Pachtverträgen der Netto-Pachtzins mit der Klausel zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer fixiert werden, damit Unstimmigkeiten zwischen Vertragspartnern bei eventueller Option zur Regelbesteuerung ausgeschaltet werden können.<sup>56</sup> Im Falle eines unrichtigen Steuerausweises schuldet der Unternehmer jenen Steuerbetrag, der sich aus der Rechnung ergibt.

---

<sup>55</sup>Jilch , Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte,3.Auflage, Wien-Graz 2007, S.461.

<sup>56</sup>Kodex des österreichischen Rechts, Steuererlässe ,23 Auflage, Stand 15.03.2009, RZ 1733 , S 217 .

## **7.5. Kleinunternehmerregelung**

<sup>57</sup>Für Unternehmer bis 30.000 € Jahresumsatz netto ist es grundsätzlich möglich von der Kleinunternehmerregelung § 6 Z 27 UStG Gebrauch zu machen. Kleinunternehmer ist, wer im Inland einen Wohnsitz oder Sitz hat und dessen Umsätze, jedoch ohne Hilfsgeschäfte und Geschäftsveräußerung im Ganzen im Veranlagungszeitraum 30.000 € nicht übersteigen. Das einmalige Überschreiten der Umsatzgrenze um nicht mehr als 15 Prozent innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren ist unschädlich. Die Befreiung erstreckt sich nicht auf formale Verpflichtungen, der Kleinunternehmer muss demnach Aufzeichnungen führen und eine Steuererklärung abgeben, wenn seine Umsätze laut § 21 Abs. 6 UStG 7.500 € im Veranlagungszeitraum überschreiten. Da es sich bei dieser Regelung um eine unechte Steuerbefreiung handelt, ist die Lieferung steuerfrei, es steht jedoch auch kein Vorsteuerabzug zu. Ein Land- und Forstwirt kann durch einen Antrag zur Kleinunternehmerregelung optieren, wenn sein Jahresumsatz unter 30.000 € liegt. Dies kann bei nichtbuchführungspflichtigen Weinbauern von Vorteil sein, da eine eventuell anfallende Steuer von 10 Prozent für Getränkeumsätze entfällt. Erst durch einen neuerlichen Antrag auf Verzicht der Kleinunternehmerregelung, kann ein Landwirt zur Regelbesteuerung optieren und somit durch diese Doppeloption auch den Vorsteuerabzug nutzen.

## **7.6. Option zur Regelbesteuerung**

Der nichtbuchführungspflichtige Unternehmer kann sich jährlich bis zum 31. Dezember zur Regelbesteuerung – Umsatzsteuerverrechnung nach allgemeinen Regeln entschließen. Dies wird vor allem bei großer Investition der Fall sein, weil die Vorsteuern mit dem Finanzamt rückverrechnet werden können. Es ist jedoch darauf zu achten, dass bei der Regelbesteuerung land- und forstwirtschaftliche Produkte grundsätzlich mit 10 Prozent abzurechnen sind. Wenn ein Optionsantrag beantragt wird, ist es notwendig wegen der unterschiedlichen Steuersätze alle Abnehmer wie Lagerhaus, Molkerei usw. zu informieren um sofort die richtig ausgestellten Rechnungen zu erhalten. Der Antrag auf Regelbesteuerung kann aber auch nachträglich bis zu 31. Dezember gestellt werden.

---

<sup>57</sup>Jilch, Martin : Die 100 wichtigsten Steuerfragen von Land- und Forstwirten, Selbstverlag 2005, S. 71.



Diese Frist ist nicht verlängerbar und bindet den Landwirt für 5 Jahre. Die Option ist ein höchstpersönliches Recht des Unternehmers und geht bei Betriebsübergaben nicht automatisch an den Übernehmer über, sondern dieser muss bis spätestens 31. Dezember neuerlich einen Antrag stellen, wenn die Option aufrecht bleiben soll. Es beginnt dann die fünfjährige Bindungsfrist neu zu laufen. Der Vorsteuerabzug ist möglich, wenn die Leistung von einem anderen Unternehmer durchgeführt wird und eine ordnungsgemäße Rechnung vorliegt. Natürlich sind bei der Regelbesteuerung maßgebliche Grundlagen aufzuzeichnen. Dazu zählen alle Entgelte für die vom Landwirt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen, diese sind fortlaufend unter Angabe des Tages aufzuzeichnen. Ebenso ist die Bemessungsgrundlage für den Eigenverbrauch und die Entgelte für Lieferungen und sonstige Leistungen, die von einem anderen Unternehmer geleistet wurden und die darauf entfallene Umsatzsteuer (Vorsteuer) zu vermerken.

#### **7.6.1. Rückkehr zur Umsatzsteuerpauschalierung**

<sup>58</sup>Die Pauschalierung für die Einkommensteuer ist von der Pauschalierung der Umsatzsteuer vollkommen unabhängig. Eine freiwillige Buchführung für die Einkommensteuer führt daher nicht zum Verlust der Umsatzsteuerpauschalierung. Ebenso führt eine freiwillige Regelbesteuerung nicht zum Verlust der Einkommensteuerpauschalierung. Ein Antrag auf Regelbesteuerung kann nur mit Wirkung vom Beginn eines Kalenderjahres an widerrufen werden. Der Widerruf ist spätestens bis zum 31. Jänner nach Beginn dieses Kalenderjahres zu erklären, wobei keine Erstreckung der Frist vorgesehen ist. Bei Fristversäumnis nach Ablauf der fünfjährigen Bindungsfrist muss die Regelbesteuerung mindestens ein weiteres Jahr fortgesetzt werden. Der Übergang von der Regelbesteuerung zur Umsatzsteuerpauschalierung und umgekehrt stellt noch keine Änderung der für den Vorsteuerabzug maßgeblichen Verhältnisse dar, sodass keine Vorsteuerberichtigung vorzunehmen ist. Eine Vorsteuerberichtigung ist jedoch durchzuführen, wenn sich für Wirtschaftsgüter für welche Vorsteuer geltend gemacht wurde, die Verhältnisse ändern, die zum Vorsteuerabzug berechtigt haben. Das kann der Fall sein, wenn ein Gebäude als Betriebsgebäude errichtet wurde und später vermietet wird.

---

<sup>58</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.481

## **8. Innergemeinschaftliche Lieferung bei Umsatzsteuerpauschalierung**

<sup>59</sup>Die Binnenmarktregelung ist im Anhang zum Umsatzsteuergesetz 1994 nominiert. Sie regelt ergänzend die Besteuerung des Handels zwischen Vertragspartnern aus verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Umsatzsteuerpauschalierte Land- und Forstwirte haben wiederum einige Besonderheiten zu beachten, die kurz dargestellt werden sollen. Grundsätzlich handelt es sich um eine innergemeinschaftliche Lieferung, wenn der Unternehmer oder der Abnehmer den Gegenstand der Lieferung in das übrige Gemeinschaftsgebiet befördert oder versendet. Der Abnehmer muss ein Unternehmer sein, der den Gegenstand der Lieferung für sein Unternehmen erworben hat oder der Abnehmer ist eine juristische Person, die nicht Unternehmer ist oder die den Gegenstand der Lieferung nicht für ihr Unternehmen erworben hat oder jeder andere Erwerber bei der Lieferung eines neuen Fahrzeuges. Der Gegenstand der Lieferung muss in dem anderen Mitgliedstaat steuerbar sein. Führt der Unternehmer steuerfreie Lieferungen in Sinne des Art. 6 Abs. aus, so ist er verpflichtet eine Rechnung auszustellen, welche auf die Steuerfreiheit hinweist. Ebenso ist die eigene UID Nummer, der sogenannte Unternehmergegenstand und die UID Nummer des Abnehmers anzugeben. Jeder Unternehmer der eine steuerfrei innergemeinschaftliche Lieferung ausgeführt hat, muss diese in die Zusammenfassende Meldung aufnehmen. Bei Vorliegen aller Voraussetzungen kann der Unternehmer den Vorsteuerabzug für innergemeinschaftlichen Erwerb von Gegenständen, für sein Unternehmen als Vorsteuer geltend machen. Dies erfolgt über die monatliche Umsatzsteuervoranmeldung, in welcher der Erwerb erklärt wird. Es kommt in diesem Fall zu keinen Zahlungsflüssen, die Vorsteuer des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist als Durchlaufposten zu verstehen.

Im Rahmen der Durchschnittsbesteuerung sind einige Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes nicht anwendbar. Für Land- und Forstwirte als Veräußerer ist keine innergemeinschaftliche steuerfreie Lieferung möglich. Bäuerliche Rechnungsaussteller haben daher an alle ausländischen Unternehmer und auch Privatpersonen, für Lieferungen die im Inland als ausgeführt gelten 10 Prozent bzw. bei Wein 12 Prozent zu verrechnen.

---

<sup>59</sup>Karel, Detlef, Abt, Richard, Handler, Edeltraud: Die Umsatzsteuer im Rechnungswesen, 2 Auflage Graz S 120.

Bei Getränken die einer Zusatzsteuer unterliegen, also Fruchtsäfte, Sekt oder Zukaufswein ist auch bei innergemeinschaftlicher Lieferung 20 Prozent zu fakturieren. Der ausländische Unternehmer kann durch ein Vorsteuerrückerstattungsverfahren die verrechnete Umsatzsteuer von Finanzamt Graz-Stadt rückerstattet bekommen. Pauschalierte Land- und Forstwirte erhalten grundsätzlich vom Finanzamt keine UID Nummer, im Falle eines innergemeinschaftlichen Warenverkehrs kann diese jedoch beim zuständigen Finanzamt beantragt werden. Diese UID Nummer ist somit auf allen Rechnungen und auch der Zusammenfassenden Meldung zu vermerken.

### **8.1. Abholfälle**

<sup>60</sup>Für Letztverbraucher die ihre Waren für den persönlichen Bedarf beim Unternehmer abholen ist der Steuersatz des Ursprungslandes anzuwenden. Das heißt, holt ein Deutscher seinen Wein vom Weinhauer im Burgenland, so ist bei eigen produziertem Wein ein Steuersatz von 12 Prozent zu verwenden. Als Richtmenge für den privaten Verbrauch sind pro erwachsener Person über 18 Jahren ein Bedarf von 90 Liter Wein, 110 Liter Bier, 10 Liter Spirituosen und 1.600 Zigaretten vorgesehen. Bei Abholfällen für den Unternehmensbereich ist wie schon erwähnt eine innergemeinschaftliche Lieferung nicht möglich, auch hier ist die Steuer des Ursprungslandes anzuwenden.

### **8.2. Versandhandel**

<sup>61</sup>Zu den Schwellenerwerbern oder atypischen Erwerbern gehören Unternehmen die unecht steuerbefreite Umsätze ausführen z.B. Kleinunternehmer oder Versicherungen. Aber auch pauschalierte Landwirte oder juristische Personen, die nicht Unternehmer sind (z.B. Vereine). Wird durch einen Land- oder Forstwirt ein Gegenstand an private Abnehmer oder an Schwellenerwerber in einem anderen EU-Staat befördert oder versendet, so gilt die Versandhandelsregelung. Diese Lieferung gilt als dort ausgeführt, wo die Beförderung oder Versendung endet. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Gesamtwert der gelieferten Waren die vom jeweiligen Bestimmungsland festgesetzte Lieferschwelle nicht übersteigt.

---

<sup>60</sup>Jilch , Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte,3.Auflage, Wien-Graz 2007, S.486.

<sup>61</sup>Zehetner, Heidemarie: UStG 1994, Wien 2005, S 98.

Sollte der Abnehmer ein Schwellenerwerber sein, muss zusätzlich darauf geachtet werden, dass die Ware nicht etwa durch Überschreiten der Erwerbsschwelle oder durch Verzicht auf diese, im Bestimmungsland zu versteuern ist. Durch Verlagerung des Lieferortes muss der liefernde Unternehmer diese Lieferung in Bestimmungsland der Umsatzsteuer unterwerfen. Die Lieferschwelle beträgt in Deutschland und Österreich 100.000 €. Der Lieferer kann jedoch bei Nichtüberschreiten der Lieferschwelle zur Besteuerung im Bestimmungsland optieren. Für verbrauchssteuerpflichtige Waren wie Wein oder Mineralöle gelten weder die Erwerbsschwelle noch die Lieferschwelle.

<sup>63</sup>*Beispiel: Ein pauschalierter Landwirt versendet eine Kiste Wein an einen Privaten nach Deutschland. Die Lieferung endet in Deutschland und ist dort mit 19 Prozent zu verrechnen. Die Umsatzsteuer ist an das Finanzamt München abzuführen. Liefert der Landwirt jedoch an einen Schwellenerwerber nach Deutschland gilt die Lieferung als in Österreich ausgeführt, sodass bei pauschalierten Landwirten auch die österreichische Umsatzsteuer von 12 Prozent zu beachten ist.*

## **9. Innergemeinschaftlicher Erwerb bei Umsatzsteuerpauschalierung**

<sup>64</sup>Innergemeinschaftliche Erwerbe sind grenzüberschreitende Wareneingänge aus dem übrigen Gemeinschaftsgebiet in das Inland. Diese Vorgänge unterliegen der Erwerbsbesteuerung. Voraussetzung dafür ist, dass der Gegenstand aus einem anderen Mitgliedstaat nach Österreich gelangt, der Erwerber Unternehmer ist und den Gegenstand für sein Unternehmen erwirbt und der Erwerber eine nichtunternehmerische juristische Person ist, die den Gegenstand nicht für das Unternehmen erwirbt. Ebenso muss der Lieferant ein Unternehmer sein, der im Rahmen seines Unternehmens liefert. Auf der Eingangsrechnung sind demzufolge die UID Nummern des Lieferanten und des Kunden, sowie ein Vermerk über den Abgangsort und unbedingt der Vermerk „ Steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferung “zu vermerken.

---

<sup>63</sup>Jilch , Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.488.

<sup>64</sup>Karel, Detlef, Abt, Richard, Handler, Edeltraud: Die Umsatzsteuer im Rechnungswesen, 2 Auflage Graz S 120.

### 9.1. Ausnahmen von der Erwerbssteuer

<sup>65</sup>Bis 11.000 € Jahreserwerbssumme, die sogenannte Erwerbsschwelle, besteht für unecht umsatzsteuerbefreite Unternehmen (pauschaliert Landwirte usw.) eine Befreiung der Erwerbssteuer. Diese Grenze der 11.000 € gilt für das laufende Jahr und das vorangegangene Jahr.

<sup>66</sup>*Beispiel: Der pauschalierte Landwirt tätigt im Jahr 2009 zweimal einen inngermeinschaftlichen Erwerb. Das erste Mal am 20.05. 2009 um 7.000 € und am 30.09.2009 um 5.000 €. Der Erwerb im Jahr 2008 betrug 10.000 €. Der Erwerb, welcher am 20.05.2009 erfolgte und jeder weitere Erwerb unterliegt der Erwerbsbesteuerung in Österreich. Hätte der Landwirt bereits im Jahr 2008 Erwerbe um 20.000 € getätigt, wäre bereits der erste Erwerb am 20.05.2009 der Erwerbssteuer zu unterziehen.*

Auf die Erwerbsschwelle kann durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Finanzamt verzichtet werden. Der Verzicht ist bei erstmaligem Erwerb im Kalenderjahr innerhalb der Frist zur Abgabe der Voranmeldung zu tätigen und bindet den Erwerber mindestens für zwei Kalenderjahre. Das jedenfalls nur von Vorteil ist, wenn die österreichische Umsatzsteuer geringer ist.

Bewirtschaftet ein Landwirt von seiner Hofstelle im Inland Grundflächen im benachbarten EU-Gebiet wie Ungarn oder Tschechien und bringt dieser seine produzierten Waren über die Grenze nach Österreich, dann ist dieses Verbringen von der Erwerbsbesteuerung befreit. Falls mehrere pauschalierte Landwirte, die jeweils Einzelunternehmer sind, gemeinsam eine Maschine aus dem EU-Gebiet erwerben und diese z.B. 30.000 € kostet, stellt sich die Frage ob hier eine Erwerbsbesteuerung durchzuführen ist oder ob die Erwerbsschwelle für jeden Landwirt einzeln gilt. Gegen eine Besteuerung mit der Umsatzsteuer des Ursprungslandes spricht jedenfalls, dass die Miteigentümerschaft nicht als Unternehmer gilt.

---

<sup>65</sup>Karel, Detlef, Abt, Richard, Handler, Edeltraud: Die Umsatzsteuer im Rechnungswesen, 2 Auflage Graz S 121.

<sup>66</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.491.

## **9.2. Versandhandel**

<sup>67</sup>Wird ein Gegenstand durch Versenden oder Befördern vom EU- Gemeinschaftsgebiet nach Österreich verbracht, so gilt die Lieferung in Österreich als ausgeführt, wenn die Beförderung oder Versendung hier endet und folgende zwei Voraussetzungen erfüllt sind.

1) Der Abnehmer ist ein pauschalierter Land- oder Forstwirt, der die Erwerbsschwelle nicht überschreitet bzw. auf die Anwendung dieser verzichtet hat oder 2) der Gesamtbetrag der Entgelte der Lieferungen nach Österreich hat im laufenden Kalenderjahr oder im vorangegangenen Kalenderjahr beim Lieferanten die Lieferschwelle von 100.000 € überschritten bzw. der Lieferant hat auf die Anwendung der Lieferschwelle verzichtet.

Der Ort der Lieferung verlagert sich zwingend nach Österreich, wenn der Lieferant die österreichische Lieferschwelle überschreitet. Der Abnehmer muss pauschalierter Landwirt sein, der unter der Erwerbsschwelle liegt. Hat der ausländische Unternehmer keinen Sitz im Inland, so hat der Landwirt die Umsatzsteuer einzubehalten und im Namen und für die Rechnung des Leistungserbringers an das Finanzamt Graz-Stadt abzuführen. Für die Lieferschwelle sind nur die Lieferungen an private Abnehmer und Schwellenerwerber zu beachten. Die Berechnung der Lieferschwelle ist für jeden Mitgliedstaat gesondert vorzunehmen, jedoch sind die Lieferungen neuer Fahrzeuge und verbrauchsteuerpflichtiger Waren nicht anrechenbar.

## **10. Export und Import von Wein**

### **10.1. Import von Wein aus dem Gemeinschaftsgebiet**

<sup>68</sup>Wird von einem Weinbaubetrieb, der nicht umsatzsteuerpauschaliert behandelt wird, weil er die Voraussetzungen des § 22 UStG nicht erfüllt oder freiwillig zu Regelbesteuerung optiert hat, Wein importiert, dann liegt ein innergemeinschaftliche Erwerb vor. Der österreichische Weinbauer muss somit die Erwerbssteuer an das Finanzamt abführen und

---

<sup>67</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S 487.

<sup>68</sup>Schweiger, Franz; Falb, Matthias Karl: Steuerratgeber Weinbau, Wien 1999, S 70 ff.

<sup>69</sup> kann auch im gleichen Umsatzsteuervoranmeldungszeitraum die Erwerbssteuer als Vorsteuerbetrag wieder abziehen. Die Erwerbssteuer ist hier ein Durchlaufposten und belastet den Unternehmer nicht. Der Lieferant darf auf seiner Rechnung keine Umsatzsteuer ausweisen und muss auf die in seinem Mitgliedstaat geltenden Steuerbefreiungen für die innergemeinschaftliche Lieferung hinweisen. Weiteres muss auf der Rechnung die Umsatzsteueridentifikationsnummer des Unternehmers und auch die des österreichischen Abnehmers angegeben werden. Ein innergemeinschaftlicher Erwerb liegt dann nicht vor, wenn der Abnehmer ein pauschalierter Weinbauer ist und der Gesamtbetrag der Entgelte für innergemeinschaftliche Erwerbe aus allen Mitgliedstaaten die Erwerbsschwelle nicht überschritten hat. Wird die Erwerbsschwelle überschritten, fällt wieder Erwerbssteuer an. Diese muss der Weinbauer in Rahmen seiner Umsatzsteuervoranmeldung an das Finanzamt abführen, da er pauschaliert ist kann er sich diese Erwerbssteuer nicht als Vorsteuer abziehen. Die Erwerbsschwelle gilt aber nicht für den Erwerb von neuen Fahrzeugen und verbrauchssteuerpflichtiger Waren. Dadurch wird bei verbrauchssteuerpflichtigen Waren immer eine Besteuerung im Bestimmungsland erreicht. Wird somit von einem pauschalierten Weinbauern Wein aus dem Gemeinschaftsgebiet nach Österreich importiert, so fällt in jedem Fall Erwerbssteuer an. Diese ist an das Finanzamt abzuführen. Der zugekaufte Wein aus der EU ist dabei mit 20 Prozent der Erwerbsbesteuerung zu unterwerfen.

Verbringt jedoch ein Privater Wein aus dem Gemeinschaftsgebiet, erfolgt die Besteuerung im Ursprungsland. *Erwirbt zum Beispiel ein Urlauber in Italien einige Flaschen Chianti und bringt diese nach Österreich, ist der Wein grundsätzlich mit der italienischen Umsatzsteuer zu belasten.* Diese Besteuerung im Ursprungsland erfolgt für Letztverbraucher für den privaten Verbrauch. Welche Menge unter den privaten Verbrauch fallen, wurde schon in einem vorherigen Kapitel beschrieben. Werden diese Mengen überschritten, muss der Importeur die Waren der Erwerbsbesteuerung unterwerfen.

## **10.2. Import von Wein aus dem Drittland**

Einführen aus dem Drittland, das sind Länder die nicht zum Gemeinschaftsgebiet gehören,

---

<sup>69</sup>Schweiger, Franz; Falb, Matthias Karl: Steuerratgeber Weinbau, Wien 1999, S 70 ff.

sind bei der Einfuhr der Einfuhrumsatzsteuer zu unterwerfen. Beim Import ist an der Grenze Einfuhrumsatzsteuer zu entrichten, die der inländische Unternehmer, wenn er zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, als Vorsteuer abziehen kann. Für den pauschalierten Weinbauern fällt die Einfuhrumsatzsteuer tatsächlich als Kostenbelastung an, weil er sich diese nicht als Vorsteuer abziehen kann. Da für den im Drittland ansässigen Lieferanten eine steuerbefreite Ausfuhrlieferung vorliegt, führt die Vorschreibung der Einfuhrumsatzsteuer bei Importen aus dem Drittlandsgebiet zu einem Anfall der Umsatzsteuerlast in Höhe des österreichischen Umsatzsteuerniveaus.

### **10.3. Export von Wein**

<sup>70</sup>Bei der Ausfuhr von Wein in das Gemeinschaftsgebiet durch Unternehmer ist grundsätzlich wieder die Binnenmarktregelung zu beachten. Die Binnenmarktregelung sieht vor, dass Lieferungen durch einen inländischen Unternehmer an einen Abnehmer im Gemeinschaftsgebiet, der Unternehmer ist und der den Gegenstand der Lieferung für sein Unternehmen erworben hat, steuerfrei sind. Diese innergemeinschaftlichen steuerbefreiten Lieferungen entsprechen grundsätzlich den steuerfreien Lieferungen in das Drittland, jedoch musste aufgrund des Wegfalls von Grenzkontrollen ein eigenes Verfahren zum Nachweis der Steuerfreiheit geschaffen werden. Der Lieferant oder der Abnehmer muss den Gegenstand der Lieferung in das übrige Gemeinschaftsgebiet befördern oder versenden und dies buchmäßig nachweisen. Der Lieferant hat weiteres zu überprüfen, ob die entsprechenden Voraussetzungen zur steuerfreien innergemeinschaftliche Lieferung an den ausländischen Abnehmer vorliegen. Für diesen Zweck hat der ausländische Unternehmer seine UID – Nummer bekanntzugeben. Der österreichische Lieferant hat zu überprüfen, ob diese UID-Nummer auch tatsächlich richtig ist. Dafür wurde ein eigenes Bestätigungsverfahren eingeführt, welches über Finanzonline abrufbar ist.

Umsatzsteuerpauschalierte Weinbauern können keine innergemeinschaftliche Lieferung ausführen. Somit fällt hier grundsätzlich Umsatzsteuer an.

---

<sup>70</sup>Schweiger, Franz; Falb, Matthias Karl: Steuerratgeber Weinbau, Wien 1999, S 75.



<sup>71</sup>Eine steuerfreie innergemeinschaftliche Lieferung an Abnehmer mit einer UID-Nummer, wie oben erklärt ist nicht möglich. Es ist somit die Umsatzsteuer bei Weinlieferungen trotz einer Lieferung ins Gemeinschaftsgebiet mit 12 Prozent oder 20 Prozent in Rechnung zu stellen. Der ausländische Unternehmer kann sich die in Rechnung gestellte Vorsteuer bei Finanzamt Graz-Stadt im Rahmen eines dafür gesonderten Vorsteuerrückerstattungsverfahrens rückerstatten lassen. Liefert der pauschalierte Weinbauer an Privatpersonen in das übrige Gemeinschaftsgebiet, so ist wieder das Bestimmungslandprinzip maßgeblich. Das bedeutet, dass sich der Ort der Lieferung aus Österreich in das übrige Gemeinschaftsgebiet verlagert und der pauschalierte Weinbaubetrieb bei Lieferungen an Private die Umsatzsteuer des jeweiligen Empfängerlandes in Rechnung zu stellen hätte. Dies ist bei Lieferungen von Wein als verbrauchssteuerpflichtige Ware unabhängig von allfällig sonst geltenden Lieferschwelen zu beachten. Bei Lieferungen von Wein an Unternehmer oder juristische Personen kommt dies Versandhandelsregelung nicht zur Anwendung.

<sup>72</sup>*Beispiel: Der pauschalierte Weinbauer versendet einige Flaschen Grünen Veltliner nach Deutschland. Der Empfänger ist eine Privatperson.*

*Lösung: Bei Lieferung an die Privatperson wird durch die Versandhandelsregelung der Ort der Lieferung dorthin verlagert, wo die Beförderung oder Versendung endet. Das ist im Falle der Lieferung des Weines in Deutschland. Der österreichische Weinbauer muss daher die Weinlieferung mit der deutschen Umsatzsteuer versehen. Diese in Rechnung gestellte Steuer muss der Weinlieferant in Deutschland an das zuständige Finanzamt abführen. Daher ist dort eine Steuernummer zu beantragen.*

Würde der Weinempfänger zum Beispiel ein Gastwirt, somit ein Unternehmer sein, kommt die Versandhandelsregelung nicht zur Anwendung. Der pauschalierte Weinbaubetrieb muss auf seiner Rechnung 12 Prozent oder 20 Prozent ausführen. Holt sich ein Letztverbraucher, der im Gemeinschaftsgebiet ansässig ist, Wein für den privaten Verbrauch bei den österreichischen Weinbauern ab, dann ist die österreichische Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen.

---

<sup>71</sup><http://agrarnet.info/partner/index.php>

<sup>72</sup>Schweiger, Franz; Falb, Matthias Karl: Steuerratgeber Weinbau, Wien 1999, S 77 ff.

#### 10.4. Ausfuhr ins Drittland

<sup>73</sup>Bei der Ausfuhr ins Drittland durch einen nicht umsatzsteuerpauschalierten Weinbaubetrieb sind die allgemeinen Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes zu beachten. Die Lieferung in das Drittlandsgebiet ist somit steuerfrei, wenn der Unternehmer den Gegenstand der Lieferung in das Drittlandsgebiet befördert oder versendet oder der ausländische Unternehmer den Gegenstand ins Drittland befördert. Über die Ausfuhr muss ein entsprechender Nachweis vorliegen. Gelangt die Ware durch einen Spediteur des Weinbaubetriebes in das Ausland, so erhält der Weinbaubetrieb die notwendigen Ausfuhrdokumente zum Nachweis der steuerfreien Lieferung. Vorsicht ist geboten, wenn ein beauftragter Spediteur oder der Abnehmer selber aus dem Drittland den Wein bei österreichischen Bauern abholt. Bei regelmäßigen Geschäftskontakten wird es möglich sein, dass die entsprechenden Ausfuhrnachweise (vom Zollamt abgestempelt) jeweils vom Kunden an den Weinbauern übersandt werden.

Pauschalierte Weinbauern können wiederum mangels Geltung des § 6 Abs. 1 Z 1 UStG keine steuerfreien Ausfuhrlieferungen tätigen. Liefert ein pauschalierter Winzer Wein in das Drittland, ist ebenfalls österreichische Umsatzsteuer in Rechnung zu stellen. Allerdings ist nach Auffassung der Finanzverwaltung bei der Lieferung von Wein für die grundsätzlich eine zusätzliche Steuer in Höhe von 12 Prozent bzw. 10 Prozent in Rechnung zu stellen wäre, auch eine steuerfreie Ausfuhrlieferung möglich und keine zusätzliche Steuer zu entrichten. Somit ist in Rechnungen über Ausfuhrlieferungen, wenn die übrigen Voraussetzungen für steuerfreie Ausfuhrlieferungen vorliegen, lediglich die Steuer im Ausmaß von 10 Prozent nicht aber die zusätzliche Steuer auszuweisen. Der Wert dieser Lieferung muss dann in der Umsatzsteuererklärung auch unter den steuerfreien Ausfuhrlieferungen angeführt werden.

*Beispiel: Ein pauschalierter Winzer liefert Schilcher aus eigener Erzeugung an seine Kunden in der Schweiz.*

*Lösung: Der Winzer stellt dem Schweizer eine Rechnung mit 10 Prozent Umsatzsteuer aus. Der Schweizer kann beim Finanzamt Graz-Stadt die Rückerstattung der österreichischen Umsatzsteuer beantragen.*

---

<sup>73</sup>Schweiger, Franz; Falb, Matthias Karl: Steuerratgeber Weinbau, Wien 1999, S 80 ff.

## **11. Sonstige Steuern in der Land- und Forstwirtschaft**

### **11.1. Alkoholsteuer**

<sup>74</sup>Rechtsgrundlage bildet das Alkoholsteuergesetz (AStG) BGBl I 142/ 2000 idF BGBl I 161/2005. Land- und Forstwirte können aus selbstgewonnen alkoholbildenden Stoffen mit zugelassenen einfachen Brenngeräten Alkohol unter Abfindung herstellen. Die Alkoholmenge (unter Anwendung des Ausbeutesatzes für verschiedene Rohstoffe) und der Zeitraum (Brenndauer) werden durch Verordnung des BMF pauschal aufgrund von Durchschnittssätzen festgelegt. Der Abfindungsberechtigte darf pro Jahr 100 Liter an 100 prozentigen Alkohol herstellen. Darüber ist er berechtigt weitere 100 Liter Alkohol zu einem höheren Steuersatz zu erzeugen. Dieses Zusatzkontingent besteht auch für die 3-kl-Brenner, sodass insgesamt 400 Liter Alkohol hergestellt werden dürfen. Die Alkoholsteuer beträgt für das 100- Liter und 300- Liter Kontingent 5,40 € je Liter Alkohol. Die darin enthaltene Hausbedarfsmenge ist generell von der Steuer befreit. Werden fremde Obststoffe beigemischt, dann entfällt die Steuerfreiheit. Für die Zusatzmenge von 100 Liter Alkohol beträgt die Alkoholsteuer 9 € pro Liter Alkohol. Die Steuerschuld entsteht mit Beginn des Brennvorganges. Der errechnete Steuerbetrag ist bis zum 25. des auf das Entstehen der Steuerschuld folgenden Kalendermonats abzuführen.

### **11.2. Schaumweinsteuer**

<sup>75</sup>Rechtsgrundlage ist das Schaumweinsteuergesetz (SchwStG) 1995, BGBl 702/ 1994 idF BGBl I 57/2004. Schaumwein ist Trauben oder Obstschaumwein, der in Flaschen mit befestigtem Schaumweinstopfen oder mit einem Überdruck von mindestens 3 bar (bei 20 Grad C) abgegeben werden darf. Bis 31.03.2005 betrug der Steuersatz 1,44 € pro lt . Seit 01.04.2005 wurde die Schaumweinsteuer abgeschafft, genauer gesagt der Steuersatz beträgt 0 Prozent, das Überwachungsverfahren bleibt aus Gründen des EU-Rechts aufrecht. Die sogenannten Zwischenerzeugnisse unterliegen nach wie vor der Schaumweinsteuer.

---

<sup>74</sup>Schweiger, Franz; Falb, Matthias Karl: Steuerratgeber Weinbau, Wien 1999, S 83.

<sup>75</sup>Jilch, Martin: Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, 3. Auflage, Wien-Graz 2007, S.511.

Im Schaumweinsteuergesetz ist das sogenannte Weinüberwachungsverfahren (Überwachung des innergemeinschaftlichen Handels mit Wein) geregelt. Das Steueraussetzungsverfahren kommt auch bei der Verbringung von Waren in Betracht, die bei uns steuerfrei, aber in anderen Mitgliedstaaten verbrauchssteuerpflichtig sind. Z.B. ein Österreichischer Winzer liefert Wein nach Dänemark. Steuerlagerinhaber und berechtigte Empfänger haben eine Verbrauchssteueridentifikationsnummer (VID). Damit können Waren EU-weit unversteuert von Steuerlager zu Steuerlager befördert werden. Die VID ist auf allen Begleitdokumenten anzuführen.

## 12. Schlusswort

Der tägliche Kontakt mit den landwirtschaftlichen Unternehmern in der Steuerberatungsbranche zeigt, wie umfangreich und herausfordernd die Sparte Land- und Forstwirtschaft im Laufe der letzten Jahre geworden ist. Die Landwirtschaftsbranche ist zur Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens auf Intensivierung, Modernisierung und Spezialisierung der Produktionsbereiche angewiesen. Aber auch schwindende Gewinnspannen in den traditionellen Bereichen des Ackerbaues und der Viehwirtschaft haben den Ideenreichtum unserer Bauern auf der Suche nach neuen existenzsichernden Einkunftsquellen zur Hochblüte geführt. Vom biologischen Heilkräuteranbau über die Pensionspferdehaltung, von der kommunalen Schneeräumung bis zur Branntweinerzeugung, von der Privatzimmervermietung bis zur Biogasanlage. In dieser schwierigen, existenzbedrohenden Wirtschaftslage sehe ich auch eine Rechtfertigung der Begünstigung der Steuerbestimmungen für die Land- und Forstwirtschaft.

Die Pauschalierungsverordnungen in der Einkommen- und Umsatzsteuer zielen generell auf eine Vereinfachung der Steuererhebung und Verwaltungsarbeit, sowie auf Vereinfachung bei den Aufzeichnungen und der Feststellung der Steuerschuld.

Welche Gewinnermittlungsart nun für einen Betrieb die günstigste ist, lässt sich ohne Durchrechnung pauschal nicht sagen. Tendenziell jedoch kann man festhalten, dass die Einkommenvollpauschalierung für viehhaltende Betriebe und die Einkommenteilpauschalierung für extensive Ackerbaubetriebe die günstiger Form darstellt. In manchen Fällen kann die Pauschalierung aber auch zu einer höheren Steuerbelastung führen als eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung.

Die Ausschöpfung der Bestimmungen, die nicht immer von Vorteil sein müssen, obliegt jedem selber. Ich empfehle jedoch, trotz Freistellung von der Verpflichtung zur Führung von Büchern und teilweise auch von Aufzeichnungen, immer Unterlagen zu führen, die eine Beurteilung der Vorteilhaftigkeit mancher Regelungen für den eigenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb ermöglichen.

## **Literaturverzeichnis**

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft; Der Grüne Bericht 2009, Wien

Herzog, Oliver:  
Einkommensteuer für Kanzleimitarbeiter , Stand 9/2005

Hackl, Josef:  
Steuerkunde für die Landwirtschaft , 2001

Hackl, Gabriele; Hackl, Günter; Mäder-Jaksch, Waltraud; Wobisch Eberhard; Wobisch Hanno;  
Arbeitsbuch Oberlaa 2010

Jilch, Martin:  
Die Besteuerung pauschalierter Land- und Forstwirte, Wien-Graz 2007

Jilch, Martin:  
Die 100 wichtigsten Steuerfragen von Land- und Forstwirten, 2005

Kodex Steuergesetze 2010:  
47. Auflage Stand 01.02.2010

Kodex Steuererlässe 2010 :  
25. Auflage Stand 01.03.2009

Kopetz , Pelzmann:  
Gemüsepraxis im Freiland, Folie 1918

Müller, Eduard:  
Steuersparbuch 2009/2010

SWK:  
Die Steuererklärung für 2009, Jahrgang 85

Schwarz, Georg:  
Sozialversicherungsanstalt der Bauern, 2006

Schwarz Georg:  
Das bäuerliche Beitragswesen, 2006

Schweiger, Franz:  
Steuerratgeber Weinbau, 1999

Urban, Christian:  
LBG aktuell, 2/2006

Zehetner, Heidemarie:  
Umsatzsteuergesetz 1994, 2005

Karel, Detlef; Abt, Richard; Hanlder, Edeltraud:  
Die Umsatzsteuer im Rechnungswesen, 2001

### **Internetadressen**

[http://www.wko.at/wk/dok\\_detail\\_file.wk](http://www.wko.at/wk/dok_detail_file.wk)

<http://www.ris.bka.gv.at>

<http://www.agrarnet.info/netautor/napro4/wrapper/media>

<http://www.svb.at/portal27/portal/svbportal/channel>

<http://agrarnet.info/partner/index.php>

### **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Arbeit von mir selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt wurde, insbesondere dass ich alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, durch Zitate als solche gekennzeichnet habe.

Weiterhin erkläre ich, dass die von mir eingereichte schriftliche Version mit der digitalen Version der Arbeit übereinstimmt.

Bearbeitungsort, Datum

Ing. Brigitte Matkovits



## Anhang

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2005	Ausgegeben am 23. August 2005	Teil II
<b>258. Verordnung:</b> Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinnes aus Land- und Forstwirtschaft (LuF PauschVO 2006)		

### **258. Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinnes aus Land- und Forstwirtschaft (LuF PauschVO 2006)**

Auf Grund des § 17 Abs. 4 und 5 des Einkommensteuergesetzes 1988, BGBl. Nr. 400, in der jeweils geltenden Fassung wird verordnet:

#### **I. Anwendung und maßgebender Einheitswert**

§ 1. (1) Der Gewinn eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, dessen Inhaber hinsichtlich dieses Betriebes weder zur Buchführung verpflichtet ist noch freiwillig Bücher führt, kann nach den Bestimmungen dieser Verordnung ermittelt werden. Dabei ist die Anwendung der Verordnung nur auf den gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betrieb zulässig. Eine Anwendung auf bloß einzelne Betriebszweige oder einzelne betriebliche Teiltätigkeiten ist unzulässig.

(2) Als maßgebender Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes gilt der Einheitswert des während des Veranlagungsjahres bewirtschafteten land- und forstwirtschaftlichen Vermögens zuzüglich der Einheitswertanteile der während des Veranlagungsjahres bewirtschafteten Zupachtungen und abzüglich der Einheitswertanteile der während des Veranlagungsjahres nicht selbst bewirtschafteten Verpachtungen. Für die Ermittlung der Einheitswertanteile der Zu- und Verpachtungen ist hinsichtlich des Hektarsatzes § 125 Abs. 1 lit. b der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der jeweils geltenden Fassung maßgebend.

(3) Wird am 31. Dezember eines Jahres durch unterjährige Zukäufe, Zupachtungen oder unentgeltliche Erwerbe von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken der maßgebende Einheitswert gemäß § 2 bzw. der maßgebende Teileinheitswert gemäß § 3 Abs. 2 überschritten, so ist ab Beginn des Folgejahres § 8 bzw. § 9 anzuwenden. Wird am 31. Dezember eines Jahres durch unterjährige Verkäufe, Verpachtungen oder unentgeltliche Übertragungen von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken der maßgebende Einheitswert gemäß § 2 bzw. der maßgebende Teileinheitswert gemäß § 3 Abs. 2 unterschritten, so sind ab Beginn des Folgejahres die §§ 8 bis 12 nicht mehr anzuwenden. Bei der Ermittlung des maßgebenden Einheitswertes gemäß § 2 bzw. des maßgebenden Teileinheitswertes gemäß § 3 Abs. 2 ist § 125 Abs. 1 lit. b BAO in der geltenden Fassung sinngemäß anzuwenden, wobei der Steuerpflichtige zum 31. Dezember jenen Hektarsatz zugrunde zu legen hat, der im zuletzt vor diesem Stichtag ergangenen Einheitswertbescheid festgestellt wurde.

(4) Durch diese Verordnung werden nur die regelmäßig in den Betrieben anfallenden Rechtsgeschäfte und Vorgänge pauschal berücksichtigt, die auch von Artikel 25 der Richtlinie des Rates vom 13. Juni 1977, Nr. 77/388/EWG, ABl. Nr. L 145, in der jeweils gültigen Fassung erfasst sind.

(5) Abweichend von den Abs. 1 bis 4 können aus der Veräußerung von forstwirtschaftlich genutzten Flächen entstehende Gewinne mit 35% des auf Grund und Boden, stehendes Holz und Jagdrecht entfallenden Veräußerungserlöses angenommen werden, sofern dieser 220 000 Euro im Einzelfall nicht überschreitet. Dies gilt abweichend vom Abs. 1 auch für buchführende Betriebe, bei denen die Wertveränderungen von Grund und Boden außer Ansatz bleiben.

## **II. Gewinnermittlung bis zu einem Einheitswert von 65 500 Euro**

### **Grundbetrag**

**§ 2.** (1) Bei einem Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes bis 65 500 Euro ist der Gewinn mittels eines Durchschnittssatzes von 39% vom maßgebenden Einheitswert (§ 1 Abs. 2) zu ermitteln (Grundbetrag), soweit die §§ 3 bis 6 nichts Gegenteiliges bestimmen. Wird die sozialversicherungsrechtliche Beitragsgrundlage gemäß § 23 Abs. 1a des Bauernsozialversicherungsgesetzes ermittelt, kommt die Anwendung dieses Durchschnittssatzes nicht in Betracht.

(2) Wird der Grundbetrag von Alpen von einem gemäß § 39 Abs. 2 Z 1 lit. a des Bewertungsgesetzes 1955 gesondert festgestellten Vergleichswert abgeleitet, ist der Durchschnittssatz mit 70% des sich aus Abs. 1 ergebenden Satzes anzusetzen.

### **Forstwirtschaft**

**§ 3.** (1) Beträgt der forstwirtschaftliche (Teil)Einheitswert nicht mehr als 11 000 Euro, ist der Gewinn aus Forstwirtschaft mit dem Durchschnittssteuersatz gemäß § 2 erfasst.

(2) Übersteigt der forstwirtschaftliche (Teil)Einheitswert den Betrag von 11 000 Euro, sind von den Betriebseinnahmen pauschale Betriebsausgaben abzuziehen. Diese sind von der dem forstwirtschaftlichen (Teil)Einheitswert zugrunde liegenden Minderungszahl für Fichte und Lärche der Bonität 7 bzw. Wertziffer abhängig und betragen:

1. Bei Selbstschlängerung:

- a) 70% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) bei einer Minderungszahl von 1 bis 61 oder einer Wertziffer von 11 bis 20,
- b) 60% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) bei einer Minderungszahl von 62 bis 68 oder einer Wertziffer von 6 bis 10,
- c) 50% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) bei einer Minderungszahl von 69 bis 100 oder einer Wertziffer von 0 bis 5.

2. Bei Holzverkäufen am Stock:

- a) 30% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) bei einer Minderungszahl von 1 bis 63 oder einer Wertziffer von 10 bis 20,
- b) 20% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) bei einer Minderungszahl von 64 bis 100 oder einer Wertziffer von 0 bis 9.

Liegt dem Einheitswert einer forstwirtschaftlich genutzten Grundfläche keine Minderungszahl oder Wertziffer zugrunde, ist vom Finanzamt eine fiktive Minderungszahl oder Wertziffer zu ermitteln.

(3) Der als forstwirtschaftlich anzusehende Teil des Einheitswertes ist bei der Berechnung des Grundbetrages (§ 2) auszuscheiden, sofern er mehr als 11 000 Euro beträgt.

### **Weinbau**

**§ 4.** (1) Der Gewinn aus Weinbau (zB Wein, Weintrauben, Maische, Traubensaft, Traubenmost und Sturm sowie alkoholfreie Getränke und Speisen im Rahmen des Buschenschankes) ist durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung gesondert zu ermitteln. Beträgt die weinbaulich genutzte Grundfläche höchstens 60 Ar, hat die gesonderte Ermittlung des Gewinnes aus Weinbau zu unterbleiben.

(2) Die Betriebsausgaben betragen 70% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer), mindestens aber 4 400 Euro je Hektar weinbaulich genutzter Grundflächen, höchstens jedoch die Höhe der Betriebseinnahmen.

(3) Ist der Gewinn aus Weinbau gemäß Abs. 1 erster Satz gesondert zu ermitteln, ist der auf die weinbaulich genutzten Grundflächen entfallende Teil des Einheitswertes bei der Berechnung des Grundbetrages (§ 2) auszuscheiden.

(4) Übersteigt die weinbaulich genutzte Grundfläche nicht 60 Ar, sind abweichend von Abs. 1 zweiter Satz die Gewinne aus dem Buschenschank und Bouteillenweinverkauf durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung gesondert zu ermitteln, wobei die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemäß anzuwenden sind.

**Gartenbau**

**§ 5.** (1) Der Gewinn aus Gartenbau (§ 49 Bewertungsgesetz 1955) ist durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zu ermitteln.

(2) Die Betriebsausgaben sind mit einem Durchschnittssatz von 70% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) anzusetzen. Neben diesem Durchschnittssatz sind die Ausgaben für Löhne (einschließlich Lohnnebenkosten) als zusätzliche Betriebsausgaben zu berücksichtigen. Der Abzug der Betriebsausgaben darf nur bis zur Höhe der Betriebseinnahmen erfolgen.

(3) Abweichend von den Bestimmungen der Abs. 1 und 2 sind für die Ermittlung des Gewinnes aus Gartenbau flächenabhängige Durchschnittssätze anzuwenden. Voraussetzung dafür ist, dass der ausschließliche Betriebsgegenstand in der Lieferung eigener gärtnerischer Erzeugnisse an Wiederverkäufer besteht. Diese Voraussetzung ist auch erfüllt, wenn die Einnahmen aus anderen Lieferungen – ausgenommen aus Anlagenverkäufen – und aus Leistungen nachhaltig insgesamt nicht mehr als 1.500 Euro (einschließlich Umsatzsteuer) jährlich betragen. Als Wiederverkäufer gelten Betriebe, die gewerbsmäßig die ihnen gelieferten Erzeugnisse entweder unverändert oder nach Bearbeitung oder Verarbeitung weiterveräußern. Die Durchschnittssätze betragen:

1. Für den Anbau von Gemüse	
je m <sup>2</sup> der	Euro
a) Freilandfläche	
aa) einkulturig.....	0,24
bb) mehrkulturig.....	0,42
b) überdachten Kulturflächen	
aa) bei Plastikfolientunnel	
bis 3,5 m Basisbreite.....	0,42
über 3,5 m Basisbreite.....	0,84
bb) bei Niederglas (Mistbeete, Erdhäuser).....	0,84
cc) bei nicht stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	0,96
heizbar.....	1,2
dd) bei stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	1,08
heizbar.....	1,32
2. für den Anbau von Blumen und Stauden	
je m <sup>2</sup> der	Euro
a) Freilandfläche	
aa) einkulturig.....	0,3
bb) mehrkulturig.....	0,48
b) überdachten Kulturflächen	
aa) bei Plastikfolientunnel	
bis 3,5 m Basisbreite.....	0,48
über 3,5 m Basisbreite.....	1,08
bb) bei Niederglas (Mistbeete, Erdhäuser).....	1,08
cc) bei nicht stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	1,2
heizbar.....	1,8
dd) bei stabilen Gewächshäusern	
nicht heizbar.....	1,5
heizbar.....	2,7
3. für Baumschulen	
je m <sup>2</sup> der	Euro
a) Fläche zur Heranzucht von Obstgehölzen und Beerensträuchern.....	0,48
b) Fläche zur Heranzucht von Ziergehölzen.....	0,6

(4) Das Ausmaß der überdachten Kulturflächen bestimmt sich nach dem Flächenausmaß, das die Außenseiten der überdachten Flächen umschließt. Bei Gewächshäusern sind daher die Außenseiten dieser Gebäude maßgebend.

(5) Bei der Ermittlung des Grundbetrages (§ 2) scheidet der auf die gärtnerisch genutzten Grundflächen entfallende Anteil des Einheitswertes aus.

#### **Land- und forstwirtschaftlicher Nebenerwerb, Be- und/oder Verarbeitung und Buschenschank im Rahmen des Obstbaus**

§ 6. (1) Der Gewinn aus land- und forstwirtschaftlichem Nebenerwerb, aus be- und/oder verarbeiteten eigenen und zugekauften Urprodukten sowie aus dem Buschenschank im Rahmen des Obstbaus ist durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung gesondert zu ermitteln. Bei Ermittlung des Gewinnes aus land- und forstwirtschaftlichem Nebenerwerb dürfen die Betriebsausgaben nur bis zur Höhe der entsprechenden Betriebseinnahmen in Abzug gebracht werden.

(2) Als land- und forstwirtschaftlicher Nebenerwerb sind Nebentätigkeiten zu verstehen, die nach ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung zum land- und forstwirtschaftlichen Hauptbetrieb im Verhältnis der wirtschaftlichen Unterordnung stehen. Die Zimmervermietung mit Frühstück im Ausmaß von höchstens 10 Betten stellt land- und forstwirtschaftlichen Nebenerwerb dar, wobei die Betriebsausgaben mit 50% der entsprechenden Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) angesetzt werden können. Wird beim land- und forstwirtschaftlichen Nebenerwerb das Entgelt überwiegend für die Bereitstellung von Fahrzeugen, Maschinen oder Geräten gegenüber Nichtlandwirten geleistet, können 50% der gesamten Einnahmen als pauschale Betriebsausgaben abgezogen werden. Dies gilt auch dann, wenn das anteilige Entgelt für die Arbeitsleistung zu Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit führt.

(3) Bei der Ermittlung des Gewinnes aus Buschenschank im Rahmen des Obstbaus sowie aus be- und/oder verarbeiteten Urprodukten (Abs. 1) sind die Betriebsausgaben mit 70% der Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) anzusetzen. Voraussetzung für die Zurechnung der Be- und/oder Verarbeitung des Urproduktes (Abs. 1) zur Land- und Forstwirtschaft ist, dass die Be- und/oder Verarbeitung nach ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung zum land- und forstwirtschaftlichen Hauptbetrieb im Verhältnis der wirtschaftlichen Unterordnung steht.

(4) Wird eine Be- und/oder Verarbeitung alleine betrieben, liegt eine Unterordnung im Sinne der Abs. 2 und 3 vor, wenn die Einnahmen aus Be- und/oder Verarbeitung 24.200 Euro (einschließlich Umsatzsteuer) nicht übersteigen. Wird eine Be- und/oder Verarbeitung neben einem Nebenerwerb betrieben, ist die Unterordnung nur dann gegeben, wenn die gemeinsamen Einnahmen 24.200 Euro (einschließlich Umsatzsteuer) nicht übersteigen und das Ausmaß der land- und forstwirtschaftlichen Grundflächen mehr als 5 Hektar oder der Weinbaulich oder gärtnerisch genutzten Grundflächen mehr als 1 Hektar beträgt. Auf den Betrag von 24.200 Euro sind Einnahmen aus Zimmervermietung sowie Einnahmen aus auf reiner Selbstkostenbasis und ohne Verrechnung der eigenen Arbeitsleistung aufgebauten Dienstleistungen und Vermietungen im Rahmen der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit (bäuerliche Nachbarschaftshilfe) nicht anzurechnen.

#### **Außergewöhnliche Ernteschäden und besondere Viehverluste**

§ 7. Bei Ertragsausfällen durch außergewöhnliche Ernteschäden wie Dürre, Hochwasser oder Hagelschlag, Wind oder Schneebruch und bei besonderen Viehverlusten sind die auf Grund der Durchschnittssätze gemäß § 2, § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 zweiter Satz und § 5 Abs. 3 sich ergebenden Gewinnbeträge entsprechend der festgestellten ertragsmindernden Schadenssumme zu vermindern, sofern eine Abweichung von mehr als 25% des sonst im Durchschnitt der Jahre erzielten Normalertrages vorliegt und keine entsprechende Berücksichtigung im Einheitswert (§ 1) stattgefunden hat.

### **III. Gewinnermittlung bei einem Einheitswert von mehr als 65.500 Euro oder bei Ermittlung der sozialversicherungsrechtlichen Beitragsgrundlage gemäß § 23 Abs. 1a des Bauernsozialversicherungsgesetzes**

§ 8. (1) Bei einem Einheitswert des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes von mehr als 65.500 Euro oder bei Ermittlung der sozialversicherungsrechtlichen Beitragsgrundlage gemäß § 23 Abs. 1a des Bauernsozialversicherungsgesetzes (Beitragsgrundlagenoption) ist der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft stets durch Einnahmen-Ausgaben-Rechnung zu ermitteln.

(2) Die Betriebsausgaben sind, soweit die §§ 9 bis 12 keine abweichende Regelung vorsehen, mit einem Durchschnittssatz von 70% der diesen Betriebsausgaben gegenüberstehenden Betriebseinnahmen (einschließlich Umsatzsteuer) anzusetzen.

### **Forstwirtschaft**

§ 9. Die Betriebsausgaben aus Forstwirtschaft sind unter sinngemäßer Anwendung des § 3 Abs. 2 zu berechnen.

### **Weinbau**

§ 10. Die Betriebsausgaben aus Weinbau (zB Wein, Weintrauben, Maische, Traubensaft, Traubenmost und Sturm sowie alkoholfreie Getränke und Speisen im Rahmen des Buschenschankes) sind unter sinngemäßer Anwendung des § 4 Abs. 2 zu berechnen.

### **Gartenbau**

§ 11. Die Betriebsausgaben aus Gartenbau (§ 49 Bewertungsgesetz 1955) sind unter sinngemäßer Anwendung des § 5 Abs. 2 zu berechnen.

### **Land- und forstwirtschaftlicher Nebenerwerb, Be- und/oder Verarbeitung und Buschenschank im Rahmen des Obstbaus**

§ 12. Für die Gewinnermittlung der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichem Nebenerwerb, der Be- und/oder Verarbeitung und aus dem Buschenschank im Rahmen des Obstbaus gilt § 6 sinngemäß.

## **IV. Gewinnerhöhende und gewinnmindernde Beträge**

§ 13. (1) Die nach den Bestimmungen der §§ 1 bis 7 oder 8 bis 12 sich ergebende Zwischensumme ist um vereinnahmte Pachtzinse einschließlich Einkünfte aus Jagdpacht und Wildabschüssen sowie um Einkünfte aus gemäß § 1 Abs. 4 und 5 nicht erfassten Vorgängen und um Einkünfte aus gemäß §§ 30 Abs. 2 Z 6 und 11 Abs. 4 des Bewertungsgesetzes 1955 nicht zum Einheitswert gehörende Wirtschaftsgütern zu erhöhen, sofern diese Einkünfte nicht gemäß § 97 Abs. 1 Einkommensteuergesetz 1988 als endbesteuert behandelt werden. Der gesonderte Ansatz dieser durch die Pauschalierung nicht erfassten Vorgänge darf in jedem einzelnen Fall zu keinem Verlust führen.

(2) Der sich nach Zurechnung gemäß Abs. 1 ergebende Betrag ist um den Wert der Ausgedingelasten (Geld- und Sachleistungen), um Beiträge, die an die Sozialversicherungsanstalt der Bauern entrichtet und nicht bereits nach § 5 Abs. 2 oder § 11 berücksichtigt wurden, um Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sowie um bezahlte Pachtzinse und Schuldzinsen zu vermindern, wobei jedoch insgesamt kein Verlust entstehen darf.

(3) Die aus Sachleistungen bestehenden Ausgedingelasten sind pro Person mit 700 Euro jährlich anzusetzen. Werden die Sachleistungen nachgewiesen oder glaubhaft gemacht, sind sie in der nachgewiesenen (glaubhaft) gemachten Höhe zu berücksichtigen.

## **V. Wechsel der Gewinnermittlungsart**

§ 14. Geht der Steuerpflichtige von der pauschalen Gewinnermittlung auf Grund dieser Verordnung zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 1 oder zur Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes 1988 über, so ist eine erneute pauschale Ermittlung der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft auf Grund dieser oder einer dieser Verordnung nachfolgenden Pauschalierungsverordnung frühestens nach Ablauf von fünf Wirtschaftsjahren zulässig.

## **VI. Zeitlicher Anwendungsbereich**

§ 15. Die Verordnung ist bei der Veranlagung für die Kalenderjahre 2006 bis einschließlich 2010 anzuwenden.

**Grasser**

